

Berichte

Das Magazin des Difu



Aus dem Inhalt

- 4** **Standpunkt**
Kommunen sind die
Schlüsselakteure für
die Wärmewende
- 10** **Forschung & Publikationen**
Konfliktthema E-Tretroller:
Wie Kommunen damit
umgehen können
- 23** **Neue Projekte**
Inklusive Kinder- und
Jugendhilfe in Kommunen
- 27** **Veranstaltungen**
Status quo der integrierten
Stadt(teil)entwicklung
- 31** **Neue Förderung**
Kommunale Wärmeplanung:
Förderung für Klimaschutz

Editorial

Standpunkt

- 4 Kommunen sind die Schlüsselakteure für eine gelungene Wärmewende

Forschung & Publikationen

- 6 Kommunen sehen in „Open Data“ eher Chancen als Risiken
- 7 Wie kann durch Reallabore die urbane Transformation unterstützt werden?
- 8 Gute Praxisbeispiele und Tipps für mehr Umweltgerechtigkeit in Städten
- 9 Klimagerechte Stadtentwicklung in der kommunalen Planungspraxis
- 10 Konfliktthema E-Tretroller: Wie Städte damit umgehen können
- 12 Strategien für den beschleunigten Ausbau von Wärmenetzen
- 13 Sonnenenergie durch solare Wärmenetze nutzen
- 14 Kommunale Beteiligung am Mobilfunkinfrastrukturausbau
- 15 Region ist Solidarität: Perspektiven interkommunaler Kooperation

Neue Projekte

- 21 ÖPNV: Wer zahlt wie viel?
- 21 Umweltqualität: fair verteilt!

- 22 Raumwirkungen von Smart Cities
- 22 Nachhaltige Finanzierung
- 23 Inklusive Kinder- und Jugendhilfe
- 23 SUMP: Wie ist der Status quo?

Veranstaltungen

- 24 Veranstaltungsvorschau
- 25 Kommunen wollen Mobilitätswende umsetzen und „Strecke machen“
- 26 Klimaschutz und Mobilitätswende – Masterpläne in den Kommunen
- 27 Integrierte Stadt(teil)entwicklung – Wo stehen wir heute?
- 28 Zehn „Klimaaktive Kommunen“ als Vorbilder ausgezeichnet

Nachrichten & Service

- 31 Förderung der Wärmeplanung in Kommunen: gut für den Klimaschutz
- 16 Was ist eigentlich Open Data?
- 17 Veröffentlichungsüberblick
- 19 Difu-Service für Zuwanderer
- 20 Difu-Informationsangebote/ Impressum
- 32 Difu-Intern: Abschied und Neubeginn
- 33 Difu aktiv
- 34 Neues im Inter-/Extranet des Difu
- 35 Difu-Presseresonanz

Editorial



Foto: Difu

Liebe Leserin, lieber Leser,

es gibt Herausforderungen, nach denen sehnt man sich nicht: Energieknappheit, Inflation, Lieferengpässe. Und auch die notwendige Aufnahme Geflüchteter gehört zu den Herausforderungen, mit denen die Kommunen – und damit auch das Difu als Forschungsinstitut der deutschen Städte – umgehen müssen.

Der Ruf nach fossilen Energieträgern oder längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken, um der Energieknappheit und der damit verbundenen Verteuerung entgegenzuwirken, führt zu gesellschaftspolitischen Zielkonflikten, die schon fast überwunden schienen. Ein Konzept, um Klimaschutz und Versorgungssicherheit auf der kommunalen Ebene miteinander in Einklang zu bringen, ist die kommunale Wärmeplanung. Robert Riechel arbeitet schon lange am Difu zu diesem Thema. Er stellt uns seine Überlegungen im Standpunkt dieses Berichteheftes vor.

Dr. Bettina Reimann forscht am Difu seit vielen Jahren zur Situation Geflüchteter und den kommunalen Herausforderungen bei der Integration. Es ist gut, dass wir jetzt den Städten mit Erfahrungen, Rat und Ideen zur Seite stehen können. Es wäre allerdings besser, es gäbe den Krieg nicht und sie bedürften dieser Expertise nicht.

Viele Kolleginnen und Kollegen am Difu haben gemeinsam in privater Initiative Spenden für die Menschen in der Ukraine gesammelt und Pakete für die Ukraine gepackt. Ein kleiner Schritt, um in einer ohnmächtigen Situation Solidarität zu zeigen.

Ich wünsche Ihnen schöne und erholsame Feiertage, ein friedliches neues Jahr und wie immer eine anregende Lektüre!

Ihr
Carsten Kühl

Kommunen sind die Schlüsselakteure für eine gelungene Wärmewende

Die Wärmewende ist unumgänglich – für den Klimaschutz, die Versorgungssicherheit und auch für die Bezahlbarkeit von Energie. Den Kommunen kommt dabei eine wichtige koordinierende Rolle zu.

Die in Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hervorgerufene Energiekrise führt uns schmerzhaft vor Augen, wie wenig zukunftsfähig das Energiesystem in Deutschland ist: Die deutlich gestiegenen Energiepreise sorgen für hohe finanzielle Belastungen bei Verbraucher*innen, Unternehmen, Kommunen und Stadtwerken. Zur Sicherung der Energieversorgung werden Milliarden in Terminals für fossiles Flüssiggas investiert.

Angesichts dessen erhält die Frage, wie wir unsere Gebäude künftig heizen, – endlich – die gebührende gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Dabei gilt es, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in Einklang zu bringen. Mit Blick auf den Klimaschutz sind die Alarmzeichen schon länger bekannt. Erklärtes Ziel der Bundesregierung ist der treibhausgasneutrale Gebäudebestand bis 2045 – allerdings wurden die Zwischenziele mehrfach verfehlt. Dies ist umso problematischer, als das Bundesverfassungsgericht in einem wegweisenden Urteil die hohe Bedeutung des Klimaschutzes für die Gerechtigkeit zwischen den Generationen unterstrichen hat. Die aktuelle Energiekrise macht die längst anzuehende Aufgabe daher nun noch einmal herausfordernder.

Rund ein Drittel des Endenergieverbrauchs in Deutschland wird für das Heizen von Gebäuden und die Bereitstellung von Warmwasser benötigt. Heute beruht die Wärmeversorgung weitgehend auf fossilen Energieträgern. Auch in diesem Jahr belegen Erdgas-betriebene Heizungen den Spitzenrang bei den Absatzzahlen. Die Wärmewende ist daher unumgänglich. Es gilt, den Wärmebedarf durch eine Steigerung der Energieeffizienz von Gebäuden deutlich zu reduzieren und den verbleibenden Rest vollständig durch erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme zu decken.

Aktuell ändern sich in nie gekannter Frequenz gesetzliche Regelungen, Förderprogramme und finanzielle Rahmenbedingungen im Wärmebereich. Dabei überlagern sich kurzfristiger – teils kontraproduktiver – Handlungsbedarf zur Krisenbewältigung und langfristiger Transformationsbedarf zum Umbau der Wärmeversorgung. Die Einführung eines Mindestanteils an erneuerbaren Energien von 65 Prozent beim Einbau einer neuen Heizungsanlage ab 2024 ist beispielsweise eine

wichtige Weichenstellung für den treibhausgasneutralen Gebäudebestand.

In diesem turbulenten Umfeld nehmen die Kommunen laut Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) eine sehr aktive Rolle für die Wärmewende ein. Weil Wärme – anders als Strom oder Gas – nicht über längere Distanzen transportiert werden kann, müssen Entscheidungen über die zukünftige Wärmeversorgung unter Berücksichtigung vorhandener Infrastrukturen und Potenziale vor Ort getroffen werden.

Was ist also die Rolle der Kommunen, wenn vor allem die Energieversorger Investitionen für die Dekarbonisierung ihrer Wärmenetze tätigen müssen und die energetische Sanierung in der Hand der Wohnungswirtschaft bzw. privater Gebäudeeigentümer*innen liegt? Angesichts der Vielzahl relevanter Akteure braucht es eine Institution, die eine koordinierende Funktion übernimmt. Im Sinne einer integrierten Stadtentwicklung sind Kommunen prädestiniert dafür, die Handlungsfelder Wohnen und Energieversorgung integriert und gemeinwohlorientiert zu betrachten. Ihnen steht dabei schon heute ein breites stadt- und fachplanerisches Instrumentarium zur Verfügung. Überall dort, wo sich Kommunen selbst ambitionierte Klimaschutzziele gesetzt haben, kommt ihnen zudem eine treibende Rolle für die Wärmewende zu. Das kann z.B. bedeuten, gegenüber dem eigenen Stadtwerk die kommunalen Klimaschutzziele nachzuhalten und gemeinsam einen Weg zur treibhausgasneutralen Wärmeversorgung abzustecken. Bei öffentlichen Gebäuden können Kommunen auch selbst ambitionierte Investitionsmaßnahmen umsetzen.

Doch zur Wahrheit gehört auch, dass viele Kommunen nicht über notwendige strukturelle, finanzielle und personelle Ressourcen verfügen, um die skizzierte Rolle einzunehmen. Je nach Größe der Verwaltung, Erfahrungen in der kommunalen Energiepolitik oder Existenz eines eigenen Stadtwerks sind die Ausgangsbedingungen für Kommunen unterschiedlich. Wenn die Kommunen nach den Vorstellungen von Bund und Ländern eine zentrale Rolle bei der Wärmewende einnehmen sollen, so ist eine aufgabenadäquate strukturelle Finanzierung eine Grundvoraussetzung.



Foto: Difu



Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de



Foto: Adobe Stock, Tiko

Mit der kommunalen Wärmeplanung gewinnt derzeit ein strategisches Instrument an Bedeutung, das Orientierung für künftige Planungs- und Investitionsentscheidungen bieten und Fehlinvestitionen aus volkswirtschaftlicher Sicht vermeiden soll. Es ermöglicht den Kommunen gemeinsam mit Energieversorgern und weiteren Schlüsselakteuren – unter systematischer Prüfung und Nutzung aller Potenziale für das gesamte Gemeindegebiet – die Entwicklung eines wirtschaftlichen Zielszenarios für eine treibhausgasneutrale Wärmeversorgung. Dazu gehört die kartografische Darstellung von Gebieten, die sich aufgrund ihrer Dichte für die Versorgung mittels Wärmenetzen eignen und solchen für dezentrale Versorgungstechnologien (vornehmlich Wärmepumpen). Ein solches Koordinierungsinstrument ist für die Wärmewende besonders wichtig, da Investitionen in Infrastrukturen und Gebäude mit hohem Kapitaleinsatz und langer Kapitalbindung erforderlich sind. Aktuell kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Viele Eigentümer*innen von Häusern und Wohnungen überdenken angesichts rasant steigender Energiepreise ihre Wärmeversorgung. Planerische Orientierungen sind daher wichtiger denn je, um einen Flickenteppich an Einzellösungen zu vermeiden.

Derzeit läuft ein Konsultationsprozess des BMWK zur flächendeckenden Einführung der kommunalen Wärmeplanung in allen Kommunen oberhalb einer gewissen Einwohnerzahl (z. B. 20.000). In einigen Bundesländern besteht eine solche Verpflichtung bereits. Andere Städte wie Rostock haben auf freiwilliger Basis einen Wärmeplan erstellt und befinden sich bereits im Umsetzungsprozess.

Kommunale Wärmeplanung endet nicht mit der Fertigstellung des Plans, sie ist eine Daueraufgabe. Wie die Umsetzung am besten gelingt, ist noch offen. Je unverbindlicher das Instrument angelegt ist, desto wichtiger ist die Verzahnung mit der Energie- und Stadtplanung. Regelungsmöglichkeiten bieten z. B. Bebauungspläne und städtebauliche Verträge. Zunehmend relevant wird auch die Berücksichtigung des Flächenbedarfs für erneuerbare Energien (z.B. Freiflächensolarthermie) oder von Wärmespeichern auf Ebene der Flächennutzungsplanung. Mit Blick auf die Umsetzung der Wärmeplanung sind energetische Quartierskonzepte ein wichtiger Konkretisierungsschritt für einzelne Teilgebiete. Auch die strategische Begleitung des Wärmenetzausbaus ist eine neue Aufgabe für Kommunen (s. S. 12/13). So hat die Stadt Hannover kürzlich eine Fernwärmesatzung für einen beschleunigten Fernwärmeausbau beschlossen. Wenn Wärmenetze ausgebaut werden, stellt sich die Frage nach der Zukunft der Gasverteilnetze, denn ein Parallelbetrieb beider Netze ist meist unwirtschaftlich. Hier zeichnen sich neue Betätigungsfelder einer integrierten Infrastrukturentwicklung auf kommunaler Ebene ab.

Egal ob eine Verpflichtung zur Wärmeplanung besteht oder nicht: Kommunen sollten die Aufgabe der kommunalen Wärmeplanung umgehend angehen. Denn die aktuelle Situation zeigt, dass eine zukunftsfähige Wärmeversorgung Teil der Daseinsvorsorge ist. Die Voraussetzungen sind günstig wie nie. Im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative fördert das BMWK die Erstellung von Wärmeplänen mit einem Regelfördersatz bis zu 90 Prozent bis Ende 2023, für finanzschwache Kommunen bis zu 100 Prozent (s. S. 31).

zum Weiterlesen

Umweltbundesamt (Hrsg.):
Kurzgutachten Kommunale
Wärmeplanung (2022)
➔ www.difu.de/17181

BMWK (Hrsg.):
Diskussionspapier für die
Umsetzung einer flächen-
deckenden kommunalen
Wärmeplanung (2022)
➔ www.t1p.de/qbwz3

Hanse- und Universitäts-
stadt Rostock (Hrsg.):
Wärmeplan Rostock 2035
(2022)
➔ www.t1p.de/f5dy9

Ministerium für Umwelt,
Klima und Energiewirt-
schaft Baden-Württemberg
(Hrsg.): Kommunale Wärme-
planung. Handlungsleitfa-
den (2020)
➔ www.t1p.de/s08iw

Kommunen sehen in „Open Data“ eher Chancen als Risiken

Kommunen verbinden mit der Bereitstellung von Daten zunehmend Chancen. Allerdings stellen fehlende personelle und finanzielle Kapazitäten sie vor große Herausforderungen. Die Bertelsmann Stiftung hat mit dem Difu untersucht, wie Kommunen damit umgehen.

Wie ist der aktuelle Stand der Bereitstellung offener Daten – Open Data – in deutschen Kommunen? Dieser Frage ging das Difu gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung im Sommer in einer Befragung der deutschen Städte mit mehr als 10.000 Einwohner*innen nach.

Für die Planung der Daseinsvorsorge in Kommunen ist eine gute Datenbasis unerlässlich. Nur so ist es beispielsweise möglich, die Anzahl von Schul- und Kitaplätzen für den voraussichtlichen Bedarf zu planen. Eine zunehmend wichtige Rolle kommt dabei öffentlich verfügbaren Daten zu. Auch die aktuelle Bundesregierung forciert in ihrer Koalitionsvereinbarung die Bereitstellung von Open Data.

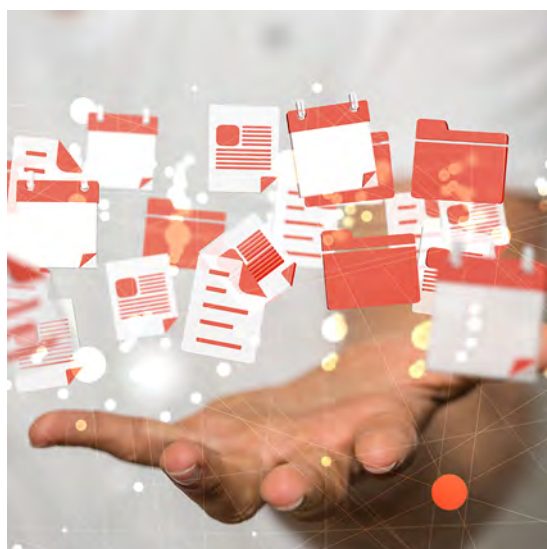


Foto: Adobe Stock, vegerfox

Bereits im Jahr 2020 haben das Difu und die Bertelsmann Stiftung den Status quo der Open-Data-Bereitstellung bei deutschen Städten abgefragt. Die Ergebnisse zeigten, dass der Anteil der antwortenden Städte, die bereits offene Daten bereitstellten, mit 71 Prozent gerade bei Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen schon damals relativ hoch lag. Bei kleinen Städten betrug er lediglich 15 Prozent. Diese Umfrage wurde im Sommer 2022 wiederholt, wobei sich die Befunde weitgehend bestätigten. Dennoch wird über fast alle Größenklassen hinweg deutlich, dass der Anteil in den vergangenen beiden Jahren weiter angestiegen ist. Allerdings spielen insgesamt

gesehene offene Daten für die Mehrheit der Städte nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle. Das liegt daran, dass insbesondere in kleinen Städten über Open Data häufig noch nicht diskutiert wurde.

Die Auseinandersetzung mit dem Thema scheitert derzeit vor allem an den personellen und finanziellen Kapazitäten in den Kommunen. Damit Open Data in Zukunft eine wichtigere Rolle spielen kann, müssen die entsprechenden Ressourcen zum notwendigen Umbau der IT und zum Aufbau von Know-how bereitgestellt werden. Insbesondere finanzschwache Kommunen benötigen hier Unterstützung.

Positiv hervorzuheben ist, dass der Anteil der Städte, die mit Open Data ausschließlich Chancen und keine Risiken verbinden, mit 24 Prozent im Vergleich zum Jahr 2020 (14 Prozent) angestiegen ist. Daraus lässt sich schließen, dass das Thema auch von den Städten zunehmend positiv wahrgenommen wird. Selbst immer mehr kleine Städte öffnen sich für Open Data. Mehrwerte, die Kommunen offenen Daten zuschreiben, liegen vor allem in einer verbesserten Information und einer besseren Beteiligung der Bürger*innen sowie einem vereinfachten Austausch innerhalb der Verwaltung. Gleichzeitig ist der Bedarf nach Unterstützung nach wie vor groß. So wünschen sich beispielsweise 91 Prozent der antwortenden Kommunen eine stärkere finanzielle Förderung zur Bereitstellung offener Daten.

Auf Basis der Erkenntnisse aus der Befragung werden in der Studie von Difu und Bertelsmann Stiftung mehrere Handlungsempfehlungen abgeleitet. Um beispielsweise der noch immer weitreichenden Rechtsunsicherheit z. B. aufgrund des Datenschutzes – der auch bei Open Data gewahrt bleiben muss – unter den Städten entgegenzuwirken, sollte der bestehende Rechtsrahmen klarer kommuniziert werden. Darüber hinaus wären Transparenz- und Open-Data-Gesetze der Bundesländer, die neben den Landesverwaltungen auch die kommunale Ebene einbeziehen, ein entscheidender nächster Schritt. Weitere Empfehlungen richten sich auf die Finanzierung besonders für finanzschwache Kommunen oder auf einen verstärkten interkommunalen Austausch.



www.difu.de/17616



Christian Raffer, M.Sc.
+49 30 39001-198
raffer@difu.de

Wie kann durch Reallabore die urbane Transformation unterstützt werden?

Das Erfahrungswissen zum Einsatz von Reallaboren aus mehr als 50 Forschungsprojekten der BMBF-Zukunftsstadtforschung wurde in einem Sammelband aufbereitet und veröffentlicht.



In mehr als 50 Forschungsprojekten wurde in den letzten Jahren deutschlandweit intensiv zur Zukunftsstadt geforscht. Gefördert wurden die Projekte vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen der Leitinitiative Zukunftsstadt sowie der Fördermaßnahme „Nachhaltige Transformation urbaner Räume“. Alle Projekte waren und sind dabei auf das Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung ausgerichtet. Die Besonderheit lag darin, dass in den auf drei bis fünf Jahre angelegten Projekten „Reallabore“ durchgeführt wurden. Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und kommunaler Praxis, aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft arbeiteten darin gemeinsam zu vielfältigen Themen: urbane Produktion, Klimaanpassung und kommunale Resilienzstrategien, sozialer Zusammenhalt und Migration, Grünflächen und Freiräume, Infrastrukturen und Mobilität. Die Reallabore hatten meist einen klaren räumlichen Bezug auf Quartiere, umgesetzt in mehr als 60 Städten. Angeknüpft wurde an konkrete lokale Problemlagen. In etlichen Projekten wurden mehrere Reallabore parallel an unterschiedlichen Orten einer Stadt oder in mehreren Städten durchgeführt. Damit war die Reallaborforschung zur Zukunftsstadt gewissermaßen selbst ein Reallabor mit unterschiedlichen Erfahrungskontexten.

Das Difu begleitet die Aktivitäten seit dem Jahr 2017 im Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z). Im Rahmen eines von

SynVer*Z durchgeführten Vernetzungstreffens der Zukunftsstadt-Projekte entstand die Idee, Erfahrungsberichte aus der Reallaborforschung in einem Sammelband zu veröffentlichen. Ein besonderer Blick galt dabei der Praxistauglichkeit. Auf diese Weise sollen Wissenschaft und Kommunen einen Einblick in die Herausforderungen und Lösungswege bei der Durchführung von Reallaboren erhalten. Der Schwerpunkt der veröffentlichten Berichte lag bei folgenden Aspekten: Reflexion des Projektdesigns, angewandte Methoden in der Zusammenarbeit mit einzelnen Akteursgruppen und deren Konstellationen, Erfahrungen im Umgang mit der Covid19-Pandemie sowie Schlussfolgerungen in Bezug auf Verfestigung und Transfer.

Die Autorinnen und Autoren geben im Sammelband vielfältige Hinweise für die Durchführung von Reallaboren. Sie weisen dabei auch auf auftretende Schwierigkeiten hin und legen dar, welche Lehren sie ihren Erfahrungen gezogen haben. Im Rahmen ihrer praxisnahen Forschungsarbeit entwickelten Wissenschaft und Praxis in den Projekten vielfach Werkzeuge in Form von Leitfäden, Arbeitshilfen, Factsheets und Toolboxes, um anderen kommunalen Akteuren handlungsorientierte Arbeitshilfen an die Hand zu geben.

Der Sammelband bietet einen Fundus an Informationen, abgerundet durch einen zusammenfassenden Beitrag „Lessons learned“.



www.difu.de/17501



Dr. Jens Libbe
+49 30 39001-115
libbe@difu.de

Gute Praxisbeispiele und Tipps für mehr Umweltgerechtigkeit in Städten

Die Folgen von Klimawandel, Verdichtung und sozialer Polarisierung sind vor allem dort zu spüren, wo soziale Benachteiligung und Umweltprobleme aufeinandertreffen. Eine Studie des Difu für das Umweltbundesamt zeigt, was dagegen getan werden kann.



Menschen in sozial benachteiligten Stadtquartieren leiden häufig nicht nur unter Einkommens- und Bildungsarmut, sondern zugleich verstärkt unter Umgebungslärm, Luftschadstoffen oder bioklimatischen Belastungen. Insbesondere in Altbaugebieten der Gründerzeit fehlt es zudem oft an adäquaten Grün- und Freiflächen für Bewegung, Zusammentreffen und Erholung.

Handeln nach dem Prinzip der Umweltgerechtigkeit soll das ändern: Es zielt darauf ab, gesundheitsrelevante Belastungen der Umwelt in sozial benachteiligten Gebieten zu vermeiden bzw. zu reduzieren. Ebenso soll den Bewohner*innen der Zugang zu gesundheitsförderlichen Umweltressourcen – beispielsweise Grün- und Freiflächen – ermöglicht werden. Der integrierte Ansatz der Umweltgerechtigkeit kann ganzheitlich viele Themen und Politikfelder – vom Umwelt-, Naturschutz über Klimaanpassung, Gesundheitsförderung bis zur Stadtentwicklung, Verkehrsplanung und Gemeinwesenarbeit – verbinden und zugleich die Bedeutung der sozialen Dimension hervorheben.

Um die Kommunen bei der Schaffung von Umweltgerechtigkeit zu unterstützen, identifizierte das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) Handlungsmöglichkeiten für eine stärkere Verankerung von Umweltgerechtigkeit auf der Ebene von Bund und Ländern sowie gute Praxisbeispiele der kommunalen Ebene. Die Ergebnisse des vom Umweltbundesamt (UBA) beauftragten

Ressortforschungsprojekts „Umweltgerechtigkeit – Weiterentwicklung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen auf Bundesebene“ wurden in mehreren Veröffentlichungen publiziert. Sie dienen dazu, einen weiten Akteurskreis auf den Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen dabei zu unterstützen, das Thema Umweltgerechtigkeit stärker in der Politik zu verankern und in die kommunale Umsetzung zu bringen.

Auf Bundes- und Landesebene ist es unter anderem wichtig, dass die Zusammenarbeit zwischen den Bundesressorts für Umwelt, Gesundheit, Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, Soziales sowie Verkehr sichergestellt und der interkommunale Austausch unterstützt werden. Erforderlich sind dafür auf kommunaler Ebene Organisationsstrukturen, die in starkem Maße ebenfalls auf ressortübergreifende Zusammenarbeit und beteiligungsorientiertes Vorgehen ausgerichtet sind. Die Praxisbeispiele aus Kommunen zeigen, wie sich vor Ort unterschiedliche Akteure gemeinsam erfolgreich um mehr Umweltgerechtigkeit einsetzen. Sie lassen sich unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen zuordnen, unter anderem der Identifizierung mehrfach belasteter städtischer Teilräume, der Qualifizierung von Freiräumen und der Erhöhung der Grünanteile in mehrfach belasteten Quartieren oder der Etablierung eines ämterübergreifenden planerisch-strategischen Vorgehens.



www.difu.de/17346



Dipl.-Ing. Christa Böhme

+49 30 39001-291

boehme@difu.de

Dr. Thomas Franke

+49 30 39001-107

franke@difu.de

Klimagerechte Stadtentwicklung in der kommunalen Planungspraxis

Wie Kommunen mittels blau-grün-grauer Infrastrukturen einen wirksamen Beitrag zur klimagerechten Stadtentwicklung leisten können, zeigen drei Handreichungen aus dem Forschungsverbund netWORKS.



Foto: Adobe Stock, jordi2r

Auswirkungen des globalen Klimawandels wie Starkregen und Überflutung oder Hitze und Dürre sind auch in den deutschen Kommunen deutlich spürbar. Städte und Gemeinden müssen sich daher an den Klimawandel anpassen. Dazu ist es sinnvoll, verschiedene Infrastrukturen zu verknüpfen: graue (z.B. Kanäle, Wasserleitungen), blaue (z.B. Wasserflächen, künstliche Teiche) und grüne (z.B. Parks, Gründächer).

Auf der Grundlage von Praxiserfahrungen aus Planungsprozessen in Berlin und Norderstedt entwickelte ein Team des Forschungsverbunds netWORKS drei Handreichungen für eine integrierte Planung und Umsetzung von Wasser- und Grüninfrastrukturen. Die Flyer sind im Rahmen des BMBF-Programms „Forschung für nachhaltige Entwicklungen (FONA)“, Forschungsvorhaben netWORKS 4, entstanden. Sie enthalten Kernbotschaften für eine integrierte Planung und Umsetzung von Wasser- und Grüninfrastrukturen, Erläuterungen zum Vorgehen für eine effektive Bearbeitung blau-grün-grauer Infrastrukturen im Planungsprozess sowie Handlungsempfehlungen für eine klimagerechte Planung sozialer Infrastrukturen.

Die drei Handreichungen bündeln prägnant zentrale Ergebnisse des Forschungsverbundes und wurden interdisziplinär erarbeitet durch: Deutsches Institut für Urbanistik, ISOE – Institut für sozial-ökologische Forschung, Kompetenzzentrum Wasser Berlin und Berliner Wassebetriebe.

Die Handreichung „Kernbotschaften für die integrierte Planung und Umsetzung von Wasser- und Grüninfrastrukturen“ beinhaltet sieben zentrale Botschaften zum Thema. Diese behandeln das Timing, die Prozesssteuerung, Ziele und Ebenen des Planungsprozesses, die Vernetzung und den Umgang mit Flächen sowie den Wasserhaushalt.

Für die partizipative Entwicklung von Gestaltungsoptionen vernetzter blau-grün-grauer Infrastrukturen wurde eine strukturierte, an Planungszielen ausgerichtete Vorgehensweise entwickelt. Die Handreichung „Planungsprozess für die vernetzte Planung von blau-grün-grauen Infrastrukturen“ beschreibt das im netWORKS4-Projekt weiterentwickelte Verfahren anhand von sechs Schritten. Der Planungsprozess wird grafisch dargestellt und durch Literaturhinweise mit weiterführenden Informationen und Praxisbeispielen ergänzt.

Die Handreichung „Handlungsempfehlungen für die klimagerechte Planung von sozialen Infrastrukturen“ erläutert die mögliche Rolle der Städtebauförderung als Impulsgeberin für eine Transformation von Wasser- und Grüninfrastrukturen und gibt praktische Handlungsempfehlungen für eine klimagerechte Planung von sozialen Infrastruktureinrichtungen. Schließlich sind die angemessene Berücksichtigung von Maßnahmen des Klimaschutzes bzw. der Anpassung an den Klimawandel seit 2020 neue Fördervoraussetzungen in der Städtebauförderung.



www.difu.de/17674
www.t1p.de/pc8is



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Dr. Christian Stein
+49 30 39001-207
cstein@difu.de

Konfliktthema E-Tretroller: Wie Städte damit umgehen können

Für die einen sind sie Bewegungsfreiheit, für andere Stolperfallen. Die Vor- und Nachteile der E-Tretroller-Verleiheangebote heizen die Diskussion an. Ein Praxisleitfaden von Difu und DLR gibt Empfehlungen zur Steuerung dieser Mikromobilität in Kommunen.

Die vor drei Jahren erfolgte Zulassung der E-Tretroller in deutschen Städten sollte ein innovativer Beitrag zur Verkehrswende sein. Denn wenn immer mehr Pkw-Fahrten durch Roller ersetzt werden, entstehen weniger Staus – und die Umwelt wird geschont. Doch die oft unsachgemäß abgestellten oder im Weg liegenden Roller sorgen nicht selten für Ärger. Daher stehen viele Kommunen vor der Herausforderung, E-Tretroller in das städtische Verkehrssystem zu integrieren und wirksam zu steuern. Zudem ist bei der rechtlichen Einordnung der Verleihsysteme unklar, inwiefern es sich bei der Nutzung um Gemeingebrauch oder eine Sondernutzung handelt.

Nicht-Nutzende – darunter auch blinde und sehbehinderte Personen – befragt, Unfall- und Nutzungsdaten analysiert sowie Videos im Straßenraum aufgezeichnet und ausgewertet.

Aus den gesammelten Daten haben die Forschenden Empfehlungen für die Kommunen abgeleitet und zahlreiche Einschätzungen und Erfahrungswerte in Form von Städtesteckbriefen aufbereitet. Damit die Ergebnisse für die Kommunen hilfreiches Wissen für die Integration von E-Tretroller-Verleihsystemen in das bestehende Verkehrssystem bieten, wurden sie als Praxisleitfaden aufbereitet und veröffentlicht.



Foto: Adobe Stock, Syda Productions

Die Untersuchung verdeutlicht, dass die Wirkungen der E-Tretroller auf den Verkehr aktuell eher unterschätzt werden. So zeigt die Befragung, dass E-Tretroller nicht nur für Freizeitfahrten, sondern auch zur Arbeit, zum Einkaufen oder für private Erledigungen eingesetzt werden. Fast ein Drittel der Nutzenden privater E-Tretroller fährt damit beispielsweise zur Arbeit. Dagegen werden E-Tretroller in Verleihsystemen besonders häufig – auf fast einem Viertel der Fahrten – in Verbindung mit dem ÖPNV genutzt. Gleichzeitig ist das Konfliktpotenzial mit anderen Verkehrsteilnehmenden hoch. Insbesondere durch falsch geparkte E-Tretroller sind zu Fuß Gehende stärker betroffen als Radfahrende. So gab jeder Sechste zu Fuß Gehende an, bereits über E-Tretroller gestolpert oder gefallen zu sein. Radfahrende erleben dagegen meist leichtere Konflikte, zum Beispiel, wenn sie wegen eines E-Tretrollers ausweichen oder langsamer fahren müssen.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) sowie das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) haben untersucht, wie die bisher typische Nutzung der Roller aussieht und welche Konflikte zwischen Fuß- und Radverkehr sowie E-Tretroller-Nutzenden auftreten. Im Fokus der im Auftrag des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr (BMDV) erarbeiteten und mit Mitteln des Nationalen Radverkehrsplans geförderten Studie standen auch Fragen der Gestaltungsspielräume und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen, insbesondere mit Blick auf den aktuellen Rechtsrahmen.

Nach Ansicht des Forschungsteams werden E-Tretroller-Verleihsysteme ein Baustein des zukünftigen vielfältigen Verkehrsangebots sein. Allerdings werden sich die Sharing-Angebote nur im Interesse der Kommunen entwickeln, wenn diese selbst steuernd tätig werden. Das Forschungsteam empfiehlt Kommunen deshalb, E-Tretroller in ihre verkehrspolitischen Strategien zu integrieren und in Bezug zum motorisierten Individualverkehr zu positionieren. Für eine erfolgreiche Integration der E-Tretroller in den städtischen Verkehr ist es zudem wichtig, die entsprechende Infrastruktur zu schaffen, zum Beispiel qualitativ hochwertige Radwege und Sammelparkplätze.



www.difu.de/17572



Victoria Reichow, M.Sc.
+49 30 39001-257
reichow@difu.de

Dipl.-Geogr. Uta Bauer
+49 30 39001-151
bauer@difu.de

Dipl.-Geogr.
Martina Hertel
+49 30 39001-105
hertel@difu.de

Das Forschungsteam hat für die Studie Fachleute u.a. aus Berlin, Köln, Stuttgart, Basel, Paris und Warschau interviewt, Tretroller-Nutzende und



Strategien für den beschleunigten Ausbau von Wärmenetzen

Im Auftrag der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen hat das Difu gemeinsam mit der BTU Cottbus-Senftenberg die Ausbaupotenziale der netzgebundenen Wärmeversorgung für Berlin untersucht.

Der Ausbau von Wärmenetzen gilt als Schlüssel für eine erfolgreiche Wärmewende. In verdichteten Siedlungsgebieten können solche Netze Wärme effizient bereitstellen und verschiedene erneuerbare Energiequellen nutzbar machen. Fern- und Nahwärmenetze gelten daher als Hebel für eine relativ zügige, kostengünstige und damit sozialverträgliche Wärmewende. Ein Beitrag für das Erreichen der Klimaschutzziele im Gebäudebereich sind Wärmenetze aber nur dann, wenn die Erzeugung parallel auf erneuerbare Energien und unvermeidbare Abwärme umgestellt wird.



Foto: Robert Riechel

In seiner Untersuchung für die Stadt Berlin fokussierte das Forschungsteam auf mögliche Wärmenetzausbaustrategien. Aus gesamtstädtischer Perspektive wurden Siedlungsbereiche kartographisch dargestellt, die sich langfristig für die netzgebundene Wärmeversorgung eignen. In einer GIS-gestützten Modellierung wurden zukünftige Wärmebedarfsdichten aller Berliner Wohngebäude mit und ohne energetische Sanierung betrachtet. Die Karten sollen als Diskussionsgrundlage für eine strategische Planung der Wärmenetze dienen; sie sind auch zur Nutzung in der kommunalen Wärmeplanung geeignet.

Die Auswertung zeigt ein großes Potenzial für die Erweiterung der Wärmenetze in Berlin. So

eignen sich ganze Quartiere, die derzeit dezentral versorgt werden, prinzipiell für die netzgebundene Wärmeversorgung. Dies kann durch den Ausbau der Fernwärme in angrenzende Gebiete oder durch die Errichtung neuer Quartiersnetze geschehen. In vielen mit Fernwärme versorgten Wohnblöcken besteht zudem ein erhebliches versorgungsseitiges Verdichtungspotenzial, indem weitere Gebäude von Gaskesseln oder Ölheizungen auf einen Fernwärmeanschluss wechseln.

Angesichts der großen Ausbaupotenziale ermöglicht eine Priorisierung anhand von Hemmnissen und Aktivierungspotenzialen einen systematischen und schnellen Ausbau der Wärmenetze. Im Austausch mit den Berliner Fernwärmeversorgern und Energiedienstleistern kamen u.a. die Eigentümerstruktur eines Wohngebiets sowie physische Barrieren wie Bahntrassen, Autobahnen und Gewässer zur Sprache. In Milieuschutzgebieten besteht ein zusätzlicher Genehmigungsvorbehalt für den Wärmenetzanschluss. Dem gegenüber bestehen in Neubauquartieren günstige Voraussetzungen für innovative Energiekonzepte mit Wärmenetzen. Allerdings muss der Ausbau der Wärmenetze auch mit Erzeugungskapazitäten und verfügbaren Potenzialen an erneuerbarem Energien und Abwärme korrespondieren.

Vergleichbare Aussagen sind für verdichtete Siedlungsgebiete der meisten deutschen Städte zu erwarten. Zwar ist der Ausbau der Fernwärme eine etablierte Geschäftsstrategie vieler Energieversorger. Am Beispiel Berlin wird aber deutlich, dass eine deutliche Steigerung des Ausbautempos notwendig ist, um einen klimaneutralen Transformationspfad einzuschlagen. Dazu ist ein Schulterschluss zwischen Kommunen und Energieversorgern notwendig. Im Sinne einer integrierten Infrastrukturpolitik sollten Kommunen aktiv einen strategischen Diskurs mit Energieversorgern über mögliche Wärmenetzausbaustrategien anstoßen. Wo Wärmenetze erweitert werden, ist perspektivisch die gebietsbezogene Stilllegung des Gasverteilnetzes zu prüfen, um unwirtschaftliche Doppelstrukturen aufzulösen. Die kommunale Wärmeplanung kann Planungssicherheit und Transparenz schaffen und ggf. durch die Nutzung von Anschluss- und Benutzungsgeboten flankiert werden (s. S. 4).



www.difu.de/17048
www.difu.de/17181



Dipl.-Ing. Robert Riechel
+49 30 39001-211
riechel@difu.de

Sonnenenergie durch solare Wärmenetze nutzen

Der Ausbau großer Solarthermieranlagen für die Fernwärme schreitet voran. Kommunen können mit einer systematischen Flächenanalyse den Grundstein für erfolgreiche Projekte setzen. Das haben die Partner im Vorhaben SolnetPlus herausgefunden.

Der Vorteil von Wärmenetzen gegenüber Einzelgebäude-Heizungen ist klar: Viele Wärmequellen lassen sich nur über eine zentrale Verteilung nutzbar machen. Dazu gehört auch Freiflächen-Solarthermie. Sie stellt in Deutschland mit der in bereits rund 50 Wärmenetzen angewandten Technologie kostengünstige Wärme bereit. Auch die Flächeneffizienz ist enorm: 60 Prozent der eingestrahlten Sonnenenergie wird in nutzbare Wärme umgewandelt. Viele Energiedörfer und zunehmend auch größere Versorger setzen auf klimaschonende Solarwärme. Die Herausforderung liegt in der Festsetzung von Flächen zur solaren Nutzung. Dies ist eines der Ergebnisse der Analyse des Hamburg Instituts, einem Difu-Forschungspartner im Projekt „SolnetPlus – Solare Wärmenetze als eine Lösung für den kommunalen Klimaschutz“, das für das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) umgesetzt wird. Flächen, gerade in Siedlungsnähe, sind ein knappes Gut. Einen beschleunigten Ausbau von Solarthermie und anderen erneuerbaren Energien können Kommunen über strukturierte Flächenanalysen unterstützen. Diesem Lösungsansatz wurde im Rahmen des Forschungsprojekts nachgegangen.

Zuerst führte das Forschungsteam eine Bestandsaufnahme durch: In raumordnerischen Zielen ist festgelegt, welche Flächen für eine Bebauung mit Solaranlagen ausgeschlossen sind. Zusätzlich gibt es Flächen, die genauer Einzelfallprüfung bedürfen. Diese Flächen können als „weiche Tabuzonen“ für die Errichtung von Freiflächenanlagen definiert werden. Flächen entlang von stark befahrenen Straßen oder andere besonders geeignete Flächen können als Positivzonen markiert werden. Weiterhin sollten technische Einbindungsmöglichkeiten bestehender Wärmenetze berücksichtigt werden. Hier bringt der kommunale Versorger sein Wissen ein. Je größer eine Freiflächen-Solarthermieanlage ist, desto länger kann auch die Anbindungsleitung sein, ohne dass Kosten und Wärmeverluste einen wirtschaftlichen Betrieb verhindern. Zudem muss geprüft werden, an welchen Stellen im Netz welche Energiemengen eingespeist und weiterverteilt werden können.

Nach dieser Bestandsaufnahme wird geprüft, wie der Flächenbedarf, der aktuelle Planungsstand auf den in Frage kommenden Flächen und zukünftige

Entwicklungen in Einklang gebracht werden können. Kommunale Behörden, Ämter, andere Träger öffentlicher Belange und ggf. bereits weitere Akteure werden eingebunden. Wo liegen die geringsten Interessenskonflikte vor und ist wo sogar eine Aufwertung der Fläche möglich? Welche Interessen bestehen und welche Bedürfnisse sind auf den Flächen zu befriedigen? Flächen können qualitativ so gestaltet werden, dass mehrere Belange auf diesen berücksichtigt werden. Das Stichwort ist hier „Multicodierung“. So können Solarthermie-Freiflächenanlagen wichtige Habitats für seltene Tier- und Pflanzenarten sein oder in einen Freizeit- und Erholungsraum eingebettet werden. Insgesamt kann in dieser Weise ein transparenter Abwägungsprozess zwischen den einzelnen Belangen in einem iterativen Prozess angestoßen und es können Flächen priorisiert werden.



Eine frühzeitige Analyse der Flächen hilft, die Wärmewende zielgerichtet anzugehen – sei es im Kontext der Potenzialanalyse einer kommunalen Wärmeplanung oder als eigenständiger Prozess. So lässt sich herausfinden, ob und wo durch große Solarthermieranlagen Wärme kostengünstig bereitgestellt werden kann. Eingebettet in eine Solarstrategie können im gleichen Schritt auch Photovoltaikanlagen einbezogen werden, um die Energiewende auf kommunaler Ebene ganzheitlich zu unterstützen. Das Problem der begrenzten Flächen kann zwar nicht aufgelöst, aber eine Basis für fundierte Abwägungen gelegt und mit der Raumplanung abgestimmt werden. Kommunen können über dieses Instrument proaktiv steuern, welche Flächen prioritär zur lokalen Wärmeversorgung zur Verfügung stehen sollen. Sie legen damit einen Grundstein für eine erfolgreiche Dekarbonisierung ihrer Wärmenetze.



www.difu.de/16749
www.t1p.de/78xjb



Dipl.-Geogr. Jan Walter
+49 221 340308-26
walter@difu.de

Felix Landsberg, M.Sc.
+49 40 39 10 69 89-35
landsberg@hamburg-
institut.com

Kommunale Beteiligung am Mobilfunkinfrastrukturausbau

Difu erstellt Gutachten zur kommunalen Beteiligung am Mobilfunkinfrastrukturausbau: Kommunikation und Partizipation der Kommunen am Mobilfunknetzausbau verlaufen – wie schon in den vergangenen Jahren – weitgehend zufriedenstellend und konfliktfrei.

Die Nachfrage nach Datenübertragung für mobile Internetanwendungen steigt seit mehreren Jahren exponentiell an. 2020 wurde von der Bundesnetzagentur sogar die höchste absolute Steigerung an übertragenen Daten über die Mobilfunknetze gemessen, da es aufgrund der Corona-Pandemie zu einer Zunahme an Mobiltelefonie kam. Die laufend weiterentwickelte Mobilfunkinfrastruktur bildet die technische Grundlage, um die steigende Nachfrage zu decken. Die Mobilfunknetzbetreiber haben die Netze seit den 1990er-Jahren nahezu flächendeckend sukzessive in den Kommunen auf- und ausgebaut. In den vergangenen Jahren machen Erweiterungen bestehender, gegenüber dem Bau neuer Anlagen, nach wie vor den größeren Teil der Mobilfunkausbauaktivitäten aus.

Die Mobilfunknetzbetreiber haben erstmalig im Dezember 2001 eine freiwillige Selbstverpflichtung gegenüber der Bundesregierung abgegeben, mit der Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit, Verbraucherschutz und Informationsvermittlung beim Ausbau von Mobilfunknetzen eingeleitet werden. Die Selbstverpflichtung umfasst Abstimmungsverfahren zur Kommunikation und Partizipation von Kommunen bei der Standortplanung und -entscheidung sowie Maßnahmen des Verbraucher*innenschutzes und der Information über Mobilfunktelefone. Im Februar 2020 wurde die Selbstverpflichtung zudem auf aktuelle Mobilfunkentwicklungen, speziell auf „Kleinzellen“ erweitert. Für Kleinzellen wird in Mobilfunknetzen eine steigende Bedeutung erwartet. Ein zentraler Bestandteil der Selbstverpflichtung ist ein regelmäßiges unabhängiges Monitoring, das seit mehreren Jahren vom Difu durchgeführt wird. 2022 wurde das zwölfte Mobilfunkgutachten veröffentlicht.

Im Monitoring wurden einerseits die Kommunikation und Partizipation zwischen Mobilfunknetzbetreibern und Kommunen untersucht: Mittels schriftlicher, standardisierter Befragung der Kommunen wurden deren Möglichkeiten zur Beteiligung an Mobilfunkstandortverfahren eingeschätzt. Die Zusage der Netzbetreiber zur Information der Kommunen bezüglich Standortneubau- und Standorterweiterungsplänen wird weitestgehend eingehalten. Die hohen Werte der Vorbefragung werden auch im diesjährigen

Gutachten wieder erreicht. Die Informationsbereitstellung der Netzbetreiber über ihre Ausbauproduktivitäten ist nach Angabe der Befragten auf ähnlich hohem Niveau, wie im Vorgutachten, zudem wurden Vorschläge der Kommunen zu Standortalternativen berücksichtigt. Konflikte bei der Standortentscheidung treten nur in Einzelfällen auf.



Foto: Adobe Stock, EleSi

Andererseits wurde überprüft, wie die Mobilfunknetzbetreiber den Selbstverpflichtungen zum Verbraucher*innenschutz und -information zu Handys nachkommen. Dafür wurde eine qualitative, inhaltliche Bewertung bereitgestellter Informationsangebote der Netzbetreiber durchgeführt und verschiedene Möglichkeiten zur interaktiven Kontaktaufnahme über Kommunikationskanäle überprüft. Auch hier zeigt sich ein positives Bild: Die Informationsmaterialien wiesen überwiegend eine hohe Qualität auf und die Kontaktaufnahme war insbesondere über Online-Kanäle wie Facebook, aber auch über Community-Foren der Netzbetreiber zufriedenstellend.

Im Gutachten sollte erstmals die Umsetzung der Absprachen zwischen Netzbetreibern und Kommunen zum Thema Kleinzellen untersucht werden. Bei der Datenerhebung stellte sich jedoch heraus, dass in den Kommunen noch kein umfangreicher Rollout von Kleinzellen gestartet ist. Somit konnten aus den nur lückenhaft erhobenen Informationen keine inhaltlichen Aussagen zu diesem neuen Themenfeld abgeleitet werden.



www.difu.de/17605



Dipl.-Soz.
Jan Hendrik Trapp
+49 30 39001-210
trapp@difu.de

Theresa Hohmann
+49 30 39001-278
hohmann@difu.de

Region ist Solidarität: Perspektiven interkommunaler Kooperation

Interkommunale Kooperation wird oft nachrangig behandelt. Synergien bleiben so ungenutzt. Die Landeshauptstadt München will Kooperationen in der Region stärken, gemeinsam mit den Landkreisen Dachau und Ebersberg – unterstützt durch das Difu.

Welche konkreten Erfahrungen mit interkommunaler Kooperation – positiv oder negativ – gibt es in der Region München? Wie wird das Verhältnis der Umlandkommunen zur Landeshauptstadt München wahrgenommen? Wo liegen Anknüpfungspunkte für interkommunale Kooperation und welche organisatorischen Rahmenbedingungen sind notwendig, um diese stärker zu etablieren? Zu diesen und weiteren Fragestellungen führte das Difu 2021 im Projekt „Region ist Solidarität“ Interviews mit Akteur*innen aus Kommunen, regionalen Institutionen der Region München sowie mit Expert*innen anderer Regionen durch. Diese Ergebnisse des Gemeinschaftsprojekts der Landeshauptstadt München und der Landkreise Dachau und Ebersberg liegen nun veröffentlicht vor.

Der in gemeinsamen Gesprächen reflektierte Status-quo der Region München verdeutlicht vor allem, dass der anhaltende Wachstumsdruck das Umland und die Landeshauptstadt näher zusammenbringt. Kommunen können die mit dem Wachstum verbundenen Folgen nicht mehr alleine bewältigen. Das Wachstum wirkt als starker Impuls zur interkommunalen und regionalen Kooperation. Entsprechend wächst der Kreis der Bürgermeister*innen, die betonen, dass die Zukunft nur in und mit der Region gedacht werden kann. Gemeinsam machen sie sich auf die Suche nach regionalen Lösungen, auch wenn eine gemeinsame Vision bisher noch nicht vorhanden ist. Die geplante IBA könnte – breit vermittelt und kommuniziert – ein wichtiger Schritt in diese regionale Zukunft sein.

Die Region München ist – so der Tenor der Gespräche – in den Köpfen angekommen, die Zusammenarbeit wird geschätzt. Trotz dieses Stimmungswandels lässt jedoch noch immer jeder „schiefe Ton“ der Landeshauptstadt an deren Bereitschaft zur Zusammenarbeit zweifeln. Die Lösung des gordischen Knotens liegt, darin besteht mehrheitlich Übereinstimmung, im gegenseitigen Vertrauen. Viele Kommunen öffnen mittlerweile – basierend auf einem Vertrauensvorschuss – Gelegenheitsfenster zur Zusammenarbeit. Ein bedeutsamer Schritt sind die, in den unterschiedlichen Teilen der Region neu gegründeten kommunalen Allianzen, in denen die Zusammenarbeit intensiviert, gemeinsam Konzepte entwickelt und erste Projekte umgesetzt werden.

Dabei zeigt sich hier wie in anderen Kooperationen: die Tücke steckt im Detail. So sind interkommunale Zusammenschlüsse und gemeinsame Konzepte nur der erste Schritt, meist stockt die Umsetzung und die gemeinsamen Projekte bleiben viel zu oft in der Schublade.

Solange interkommunales Handeln nicht eingeübt ist, wird der Wille zur Zusammenarbeit ausgebremst, darin sind sich die Gesprächspartner*innen einig. Zudem fehlen vor allem in den kleinen Städten und Gemeinden Ressourcen für freiwillige Aufgaben und die Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene verhindern oder erschweren interkommunale Projekte.

Die Zusammenarbeit über Gemeindegrenzen hinweg kann nur gelingen, so ein weiteres Projektergebnis, wenn die beteiligten Kommunen etwas davon haben. Wie ein solcher Ausgleich konkret aussehen, wie er untereinander verhandelt werden könnte und was als gerecht empfunden wird, ist bisher noch nicht thematisiert. Auch wenn Ausgleichsmechanismen geschätzt werden, erscheinen neue Formen des Ausgleichs nur schwer verhandelbar und werden eher skeptisch betrachtet.



Erkennbar wird aus den Gesprächen ein bisher ungelöstes Dilemma der Region: Die bestehenden regionalen Institutionen werden alleine nicht als handlungsfähig wahrgenommen, starke regionale Akteure sind aber nicht gewünscht. Es bleibt daher die Frage: Wie können interkommunale Allianzen, regionale Perspektiven und eine regionale Vision zusammengeführt werden, und wer steuert diese Prozesse?



www.difu.de/17534



Dr. rer. pol.
Stephanie Bock
+49 30 39001-189
bock@difu.de

Dipl.-Ing.
Daniela Michalski
+49 30 39001-270
michalski@difu.de

Dipl.-Ing.
Ricarda Pätzold
+49 30 39001-190
paetzold@difu.de

Open Data

Begriffe aus der kommunalen Szene,
einfach erklärt.

„Offene Daten“ sind laut Definition aus dem Open-Data-Handbook der Open Knowledge Foundation „Daten, die von jedermann frei genutzt, weiterverwendet und geteilt werden können – die einzige Einschränkung betrifft die Verpflichtung zur Nennung des Urhebers“. Um diese Nutzung zu gewährleisten, müssen entsprechende Daten mit einer offenen Lizenz ausgestattet, erst dann ist die uneingeschränkte Weiterverarbeitung und Veränderung möglich. Zudem müssen sie beispielsweise als Gratis-Download und in einem offenen Format bereitgestellt werden, sodass sie maschinenlesbar sind.

Die Idee zur Bereitstellung offener Daten geht auf die von Barack Obama 2009 ins Leben gerufene Open-Government-Partnership-Initiative zurück. Grundidee ist die Öffnung von Politik und Verwaltung zur Stärkung politischer Verantwortlichkeiten und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Bürger*innen. Entscheidungsleitende Daten sollen also öffentlich zugänglich gemacht werden. Wissen wird damit als öffentliches Gut angesehen.

„Die Entscheidung zur Bereitstellung kommunaler Daten sollte Teil eines Digitalisierungs- und Datenstrategieprozesses sein.“

In Deutschland öffnen immer mehr Kommunen ihre Datenbestände – in eigenen Datenportalen oder auf Plattformen der Länder und des Bundes. Diese reichen von Öffnungszeiten der Bibliotheken und touristischen Sehenswürdigkeiten über die Hundesteuerstatistik, die Energieverbräuche öffentlicher Liegenschaften bis hin zu Verkehrsinformationen, ÖPNV-Fahrplänen und Echtzeitdaten zur Parkraumbewirtschaftung. Die Entscheidung zur Bereitstellung kommunaler Daten sollte Teil eines umfassenden Digitalisierungs- und Datenstrategieprozesses sein. Im Idealfall sollte dieser Prozess unter Einbeziehung der örtlichen Zivilgesellschaft, Wirtschaft und des Datenschutzes erfolgen. Dann können z. B. auch in Formaten wie „Hackathons“ gemeinsame Anwendungsmöglichkeiten für öffentlichen Daten entwickelt werden.



Weitere Begriffe online:
www.difu.de/6189



Edition Difu – Stadt Forschung Praxis

Radverkehr und Verkehrswende

Eine Geschichte von Gegenwind und Rückenwind

Tilman Bracher

2021, Bd. 19, vierfarbig, zahlreiche Fotos, 168 S., 34 €

ISBN 978-3-88118-680-3, **eBOOK** 29,99 €

➔ www.difu.de/16867

So geht's

Fußverkehr in Städten neu denken und umsetzen
Uta Bauer (Hrsg.)

2019, Bd. 18, 240 S., vierfarbig, zahlreiche Abb. und Fotos, 39 €

ISBN 978-3-88118-643-8, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/12984

Vielfalt gestalten

Integration und Stadtentwicklung in Klein- und Mittelstädten

Bettina Reimann u.a. (Hrsg.)

2018, Bd. 17, 364 Seiten, kostenlos

ISBN 978-3-88118-618-6

➔ www.difu.de/12236

Wasserinfrastruktur: Den Wandel gestalten

Technische Varianten, räumliche Potenziale, institutionelle Spielräume

Martina Winker und Jan-Hendrik Trapp (Hrsg.)

2017, Bd. 16, 272 S., vierfarbig, 39 €

ISBN 978-3-88118-584-4

➔ www.difu.de/11299

Kommunaler Umgang mit Gentrifizierung

Praxiserfahrungen aus acht Kommunen

Thomas Franke u.a., 2017, Bd. 15, 316 S., vierfarbig, zahlreiche Abb., 39 €

ISBN 978-3-88118-579-0

➔ www.difu.de/11026

Sicherheit in der Stadt

Rahmenbedingungen – Praxisbeispiele – Internationale Erfahrungen

Holger Floeting (Hrsg.), 2015, Bd. 14, 392 S., zahlreiche Abbildungen, 39 €

ISBN 978-3-88118-534-9, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9850

Städtebauliche Verträge – Ein Handbuch

Vierte, aktualisierte und erweiterte Auflage.

Mit Berücksichtigung der BauGB-Novelle 2013

A. Bunzel, D. Coulmas und G. Schmidt-

Eichstaedt, 2013, Bd. 12, 466 S., 39 €

ISBN 978-3-88118-508-0, **eBOOK** 33,99 €

➔ www.difu.de/9002

Difu-Arbeitshilfen

Verfahren zur Aufstellung von Bebauungsplänen

3., grundlegend überarbeitete Auflage unter Berücksichtigung des Baulandmobilisierungsgesetzes – Muster, Tipps und Hinweise für eine zweckmäßige und rechtssichere Verfahrensgestaltung

M.-L. Wallraven-Lindl und A. Uhmann

2022, 224 S., 39 Euro

ISBN 978-3-88118-682-7, **eBOOK** 33,99 Euro

➔ www.difu.de/17149

Die Satzungen nach dem Baugesetzbuch

3. Auflage, A. Bunzel (Hrsg.), von A. Strunz,

M.-L. Wallraven-Lindl, 2013, 172 S., zahlreiche Satzungsmuster, 29 €

ISBN 978-3-88118-526-4

➔ www.difu.de/9055

Difu-Impulse

Vielfalt und Sicherheit im Quartier

Konflikte, Vertrauen und sozialer Zusammenhalt in europäischen Städten

G. Bartl, N. Creemers, H. Floeting (Hrsg.)

Bd. 3/2020, 182 S., 20€

ISBN 978-3-88118-667-4, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/16006

Verkehrswende nicht ohne attraktiven ÖPNV

Wie lassen sich große ÖPNV-Projekte erfolgreich umsetzen?

Jürgen Gies (Hrsg.), Bd. 2/2020, 104 S., 18 €

ISBN 978-3-88118-648-3, **eBOOK** 15,99 €

➔ www.difu.de/13360

Checkpoint Teilhabe

Kinder- und Jugendhilfe + BTHG –

Neue ganzheitliche Lösungen entwickeln!

Veranstaltungsdokumentation

Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“

Bd. 1/2020, 160 S., 20 Euro

ISBN 978-3-88118-653-7, **eBOOK** 16,99 €

➔ www.difu.de/13166

Was gewinnt die Stadtgesellschaft durch saubere Luft?

Die lebenswerte Stadt: Handlungsfelder und Chancen

Tilman Bracher u.a., Bd. 2/2019, 68 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-642-1, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12719

Übersicht aller Publikationen + Bestellmöglichkeit

www.difu.de/publikationen

eBooks: <http://difu.ciando-shop.com/info/einside/> – Info für Zuwender: www.difu.de/12544

Vertrieb: Difu gGmbH, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin,

Tel. +49 30 39001-253, Fax: +49 30 39001-275, Mail: vertrieb@difu.de

★ Alle Difu-Veröffentlichungen und -eBooks sind für Difu-Zuwender kostenlos, die mit Stern gekennzeichneten Publikationen gibt es exklusiv für Zuwender auch digital.

Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau

Evaluation „Planungsdialoq Borgholzhausen“

Stephanie Bock, Jan Abt, Bettina Reimann

Bd. 1/2019, 98 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-640-7, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12611

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten

Fachtagungsdokumentation

M. Hertel, T. Bracher, T. Stein (Hrsg.)

Bd. 8/2018, 90 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-625-4, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12375

Neue Konzepte für Wirtschaftsflächen

Herausforderungen und Trends am Beispiel des Stadtentwicklungsplanes Wirtschaft in Berlin

S. Wagner-Endres u.a.

Bd. 4/2018, 84 S., 15 €

ISBN 978-3-88118-614-8, **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/12224

Lieferkonzepte in Quartieren – die letzte Meile nachhaltig gestalten

Lösungen mit Lastenrädern, Cargo Cruisern

und Mikro-Hubs, W. Arndt und T. Klein (Hrsg.)

Bd. 3/2018, 96 S., **eBOOK** 12,99 €

➔ www.difu.de/11852

★ Difu-Papers

Klimaschutz, erneuerbare Energien und Klimaanpassung in Kommunen

Maßnahmen, Erfolge, Hemmnisse und Entwicklungen – Ergebnisse der Umfrage 2020

J. Hagelstange, C. Rösler und K. Runge

2021, 24 S., nur online

➔ www.difu.de/16344

Altersarmut in Städten

Kommunale Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten. Beate Hollbach-Grömig u.a.

2020, 56 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15789

Kommunale Wirtschaftsförderung 2019

Strukturen, Aufgaben, Perspektiven: Ergebnisse der Difu-Umfrage

S. Wagner-Endres, 2020, 42 S., 5 €, **eBOOK** 3,99 €

➔ www.difu.de/15617

Sonderveröffentlichungen (teilweise auch/nur als Download)

Kommunales Integrationsmonitoring **NEU**

Status quo und Perspektiven zur Weiterentwicklung

B. Reimann und B. Hollbach-Grömig

2022, 45 S., nur online

➔ www.difu.de/17660

Kommunales Integrationsmonitoring **NEU**

Handlungsempfehlungen

B. Reimann und B. Hollbach-Grömig

2022, 15 S., nur online

➔ www.difu.de/17660

Parking and SUMP **NEU**

Using parking management to achieve SUMP objectives effectively and sustainably

M. Hertel u.a., European Commission (Auftraggeber)

2022, 46 S., nur online

➔ www.difu.de/17631

Für eine bessere Umwelt und mehr Gesundheit – Kooperativ und integriert planen in der Kommune **NEU**

Veranstaltungsdokumentation. Online-Abschlussveranstaltung vom 25. Mai 2022

Thomas Preuß u.a., UBA (Auftraggeber)

2022, 53 S., nur online

➔ www.difu.de/17654

Kommunalbefragung Open Data 2022 **NEU**

C. Raffer u.a., Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)

2022, 22 S., nur online

➔ www.difu.de/17615

E-Tretroller in Städten **NEU**

Nutzung, Konflikte und kommunale Handlungsmöglichkeiten

Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.)

2022, 50 S.

➔ www.difu.de/17613

Mobilfunkgutachten 2021 **NEU**

Zwölftes Gutachten zur Umsetzung der Zusagen der Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber

J. Hendrik Trapp, T. Hohmann, P. Andersen, F. Buchmann

2022, 125 S., nur online

➔ www.difu.de/17605

#Klimahacks – Mach dein Projekt: klimafreundliche Öffentlichkeitsarbeit **NEU**

Klimafreundliche Verwaltung

Taina Niederwipper, Anne Roth

2022, 9 S., nur online

➔ www.difu.de/17578

Region ist Solidarität

Gespräche über Stand und Perspektiven interkommunaler Kooperation in der Region München

Difu (Hrsg.), S. Bock, D. Michalski, R. Pätzold
2022, 44 S., nur online

➔ www.difu.de/17534

Klimaanpassungs-Check für Kommunen in NRW

Orientierungshilfe zur Umsetzung des Berücksichtigungsgebots des Klimaanpassungsgesetzes Nordrhein-Westfalen

Difu (Hrsg.)

2022, 14 S., nur online

➔ www.difu.de/17521

Reallabore für urbane Transformation

Methoden, Akteure und Orte experimenteller und ko-produktiver Stadtentwicklung am Beispiel der BMBF-Zukunftsstadtforschung Synthese- und Vernetzungsprojekt Zukunftsstadt (SynVer*Z) (Hrsg.), 2022, 103 S.

➔ www.difu.de/17501

Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen

B. Weber, J. Gies, M. Hertel, P. Ratz

2022, 84 S., ISBN 978-3-88118-688-9, nur online

➔ www.difu.de/17531

Frischer Wind in die Innenstädte

Handlungsspielräume zur Transformation nutzen
Julia Diringer, Ricarda Pätzold, Jan Hendrik Trapp, Sandra Wagner-Endres

2022, 73 S., ISBN 978-3-88118-687-2, nur online

➔ www.difu.de/17532

Bauland mobilisieren und schaffen – Strategien und Instrumente für mehr Wohnungsbau

Difu und vhw (Hrsg.)

2022, 192 S., ISBN 978-3-88118-686-5, nur online

➔ www.difu.de/17502

Neue Ideen und Ansätze für die Regionale Kulturarbeit

Teil 1: Loslegen

TRAFO – Modelle für Kultur im Wandel und Difu (Hrsg.)

2022, 68 S., nur online

➔ www.difu.de/17418

Was hemmt die Umsetzung der kommunalen Radverkehrsplanung?

Erste Ergebnisse aus dem laufenden BMBF-Forschungsprojekt „KoRa – Beseitigung von Umsetzungshemmnissen in der kommunalen Radverkehrsplanung – soziotechnische Innovationen und kommunale Steuerungsmöglichkeiten“

Thomas Stein, Tobias Klein, Sandra Lindner
2022, 39 S., nur online

➔ www.difu.de/17420

SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen

Bertelsmann Stiftung, BBSR, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Difu, ICLEI European Secretariat, Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion (Hrsg.)

2022, 3., teilw. überarb. Auflage, 88 S., nur online

➔ www.difu.de/17423

Benchmarkstudie Förderprogrammlandschaften/-strategien im Ländervergleich

Im Auftrag der Kommission zur Konsolidierung von Förderprogrammen und Weiterentwicklung der sächsischen Förderstrategie beim Sächsischen Staatsministerium der Finanzen

Christian Raffer

2022, 62 S., nur online

➔ www.difu.de/17427

Mehr Umweltgerechtigkeit: gute Praxis auf kommunaler Ebene

Thomas Franke, Christa Böhme, Daniela Michalski, Bettina Reimann, Wolf-Christian Strauss, Umweltbundesamt (UBA) (Hrsg.)

2022, 84 S., nur online

➔ www.difu.de/17452

KfW-Kommunalpanel 2022

C. Raffer, H. Scheller, KfW Bankengruppe (Hrsg.)

2022, 28 S., nur online

➔ www.difu.de/17350

OB-Barometer 2022

Difu-Umfrage: Klimaschutz ist das überragende Thema in den Kommunen

Carsten Kühl, Beate Hollbach-Grömig, Difu (Hrsg.)

2022, 4 S., nur online

➔ www.difu.de/17344

Kurzgutachten Kommunale Wärmeplanung

Robert Riechel und Jan Walter, UBA (Hrsg.)

2022, 69 S., nur online

➔ www.difu.de/17181

Zeitschrift

Städte im Russländischen Imperium

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 2/2022, 168 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

➔ www.difu.de/17676

Urbanität und Religion

Moderne Stadtgeschichte

MSG, Heft 1/2022, 164 S.

Einzelheft 12 Euro, Jahresabo (2 Hefte) 19 Euro

➔ www.difu.de/17449



Foto: Marcus Sielaff

Difu-Beitritt: Viele Vorteile für Kommunen, Verbände und Planungsgemeinschaften

Modernes Stadtmanagement erfordert fundierte, aktuelle Kenntnisse in allen kommunal relevanten Gebieten. Für viele Städte ist es finanziell nicht möglich, eigene Forschung und Fortbildung zu betreiben. Ohne entsprechendes Hintergrundwissen ist die Entscheidungsfindung jedoch erschwert. Hier setzt die Arbeit des Instituts an. Als Forschungsinstitut der deutschen Städte arbeitet das Difu praxisnah, berät Kommunen, unterstützt ihre Fortbildung, moderiert den kommunalen Erfahrungsaustausch und bietet umfangreiche Serviceleistungen an.

Zentrale Kooperationspartner des Difu sind seine Partnerkommunen, Kommunalverbände und Planungsgemeinschaften. Mit ihnen kooperiert das Institut besonders eng und wird von ihnen durch jährliche Zuwendungen unterstützt. Diese enge Kooperation sorgt auch dafür, dass sich die Difu-Arbeit direkt am Praxisbedarf orientiert.

Beratung

Verwaltungspersonal und Ratsmitglieder aus Zuwanderkommunen und -verbänden können sich mit Fachfragen direkt an das Institut wenden, um diese im persönlichen Gespräch mit den Fachleuten zu erörtern.

➔ www.difu.de/12807

Fortbildung

Ob vor Ort, online oder am Berliner Standort, die praxisorientierten Difu-Seminare sind meist schnell ausgebucht. Für Fortbildungen lohnt sich die Zuwanderschaft besonders: Für Zuwander gelten stark reduzierte Seminarbeiträge. Das Institut hat sein Online-Fortbildungsangebot seit der Pandemie zudem deutlich ausgeweitet. Exklusiv für Zuwander bietet das Difu Online-Impulsvorträge.

➔ www.difu.de/17143

Erfahrungsaustausch mit anderen Städten

Erfahrungsaustausch ist wichtig, um die Position der eigenen Stadt einschätzen zu können und

Lösungswege vergleichbarer Städte kennen zu lernen. Das Difu bietet regelmäßigen Austausch an – teilweise exklusiv für Zuwander.

➔ www.difu.de/programm

Die eigene Stadt als Untersuchungsgegenstand

Zuwander werden vom Difu z. B. als Fallstudienstädte im Rahmen seiner Studien bevorzugt ausgewählt. Auch Kostenbeteiligungen an Studien sind für Zuwander meist günstiger. Die einbezogenen Städte profitieren unmittelbar vom Wissenstransfer auf aktuellem Stand.

➔ www.difu.de/projekte

Zugang zu exklusiven Informationen im Extranet – auch aus dem Homeoffice

Im Difu-Extranet stehen vielfältige Hintergrundinformationen exklusiv für Zuwander zur Verfügung: Berichte über Difu-Fortbildungen, „Virtuelle“ Tagungsmappen, Vorträge, Aufsätze, Präsentationen sowie Volltexte ausgewählter Difu-Publikationen. Zuwander können sich über exklusive Neuerscheinungen auch per RSS-Feed informieren lassen. Auch aus dem Homeoffice ist der Zugang für Zuwanderstädte möglich (Verwaltungsmitarbeitende und Ratsmitglieder senden hierzu eine Passwort-Anfrage an das Difu: s. zweiter Link).

➔ www.difu.de/extranet

➔ www.difu.de/6334

Alle Neuerscheinungen kostenfrei

Zuwander erhalten die Neuerscheinungen sämtlicher Difu-Publikationen automatisch kostenfrei. Darüber hinaus bietet das Difu für seine Zuwander die meisten Publikationen im PDF- und/oder ePub-Format an, grundsätzlich kostenfrei.

PDFs können direkt im Extranet heruntergeladen werden, eBooks kostenfrei über den Ciando-Shop:

➔ Publikationen: www.difu.de/publikationen

➔ eBook-Bezug: www.difu.de/12544

➔ eBook-Shop: <http://difu.ciando-shop.com/>

Zugang in Difu-Literaturdatenbank und Repository

Online-Recherchen in der Difu-Literaturdatenbank ist für Zuwander kostenfrei. Die Datenbank ermöglicht den Zugang zu kommunal relevanter Literatur. Das Repository enthält eine Vielzahl von Quellen, überwiegend im Volltext.

➔ <https://repository.difu.de/jspui/>

Ausführlichere Infos über Zuwander-Vorteile bieten die Difu-Website oder ein Anruf beim Difu

➔ www.difu.de/12914

➔ +493039001208



Sybille Wenke-Thiem

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Difu-Zuwanderschaft
+49 30 39001-209
wenke-thiem@difu.de

Dipl.-Pol.

Patrick Diekelmann

Beratung ebooks
+49 30 39001-254
diekelmann@difu.de

Dipl.-Geogr.

Ulrike Wolf

Difu-Fortbildung,
Inter-/Extranet
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Berichte – das Magazin des Difu

Herausgegeben von
Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin
www.difu.de

Redaktion
Sybille Wenke-Thiem (V.i.S.d.P.) mit Vera Gutofski, Dr. Sinje Hörlin, Johanna Klauck, Fiona Lingenhölle, Janna Riffeler

Gestaltungskonzept
3pc, Neue Kommunikation GmbH

Layout
Vera Gutofski

Fotos
Bild S.16: Adobe Stock, mars58
Fotos ohne Quellenangabe kommen von www.pixabay.com, www.unsplash.com, www.qimby.net, www.pexels.com,
Herzlichen Dank an alle Fotografierenden sowie an die Plattformen für die kostenfreie Bereitstellung!

Redaktionskontakt/Berichte-Verteiler
Difu-Pressestelle
Tel. +49 30 39001-208, Fax -130
presse@difu.de

Jahrgang/Erscheinungsweise
Jahrgang 48/vierteljährlich
ISSN 1439-6343
Stand: 12.12.2022

Druck
oeding print GmbH, Braunschweig.
Gedruckt auf umweltfreundliches Papier.
Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft.
100 Prozent PEFC.

Nutzung der Beiträge:
Frei, bei Nennung der Quelle (z.B.: aus Difu-Magazin Berichte, Ausgabe 4/2022).
Belegexemplar/-Link/-PDF an die Difu-Pressestelle erbeten.

Kostenfreie Difu-Angebote

Difu-Website & Projektwebsites
Immer auf dem neusten Stand: Difu-Forschung, -Fortbildung, -Veröffentlichungen und vieles mehr sind auf der Difu-Website zu finden – und auch auf den verschiedenen Projekt-Websites, die das Difu im Rahmen seiner Projektarbeit betreibt:
➔ www.difu.de
➔ www.difu.de/15196

Difu-Magazin Berichte – auch online
Das Difu-Magazin informiert vierteljährlich über Forschungsergebnisse, Standpunkte, neue Publikationen, Projekte, Veranstaltungen und vieles mehr. Die Berichte erscheinen als Print- und Online-Version. Der Umstieg auf die papierlose Version hat viele Vorteile: Klima schützen, Platz sparen, früher informiert sein – und das Difu von den Portokosten entlasten. Der Wechsel ist einfach: E-Mail-Adresse online unter Verteileraufnahme eintragen und absenden. Senden Sie anschließend einfach eine Mail an presse@difu.de und teilen uns mit, welche Postadresse wir streichen dürfen. Beim Erscheinen eines neuen Hefts erhalten eAbonnent*innen eine E-Mail mit dem Link zum aktuellen Heft (PDF). Durch das Online-Abo erhalten sie das Heft ca. zwei Wochen vor dem Erscheinen der Printausgabe, da Druck- und Versandzeiten entfallen. Das Online-Archiv reicht bis 1996 zurück.
➔ www.difu.de/15194 (Verteileraufnahme)
➔ www.t1p.de/qmary (Archiv)

E-Mail-Newsletter „Difu-News“
Alle zwei Wochen informiert das Difu über seinen E-Mail-Newsletter „Difu-News“ über interessante neue Inhalte auf der Difu-Homepage.
➔ www.difu.de/newsletter

Veröffentlichungen

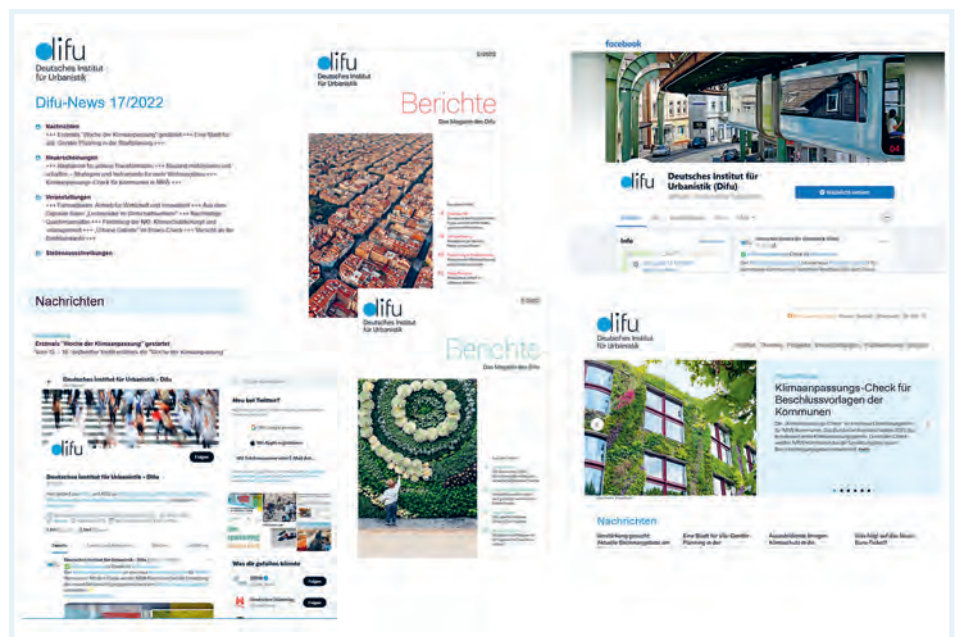
Viele Publikationen stehen kostenfrei zum Download auf der Difu-Homepage zur Verfügung. Andere können als Printexemplare oder eBooks käuflich erworben werden.
➔ www.difu.de/publikationen

Öffentliche Veranstaltungsreihe
Im Wintersemester bietet das Difu monatlich die gebührenfreie Veranstaltungsreihe der „Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte“ an, die sich zu jedem Termin mit einem anderen aktuellen Thema zur Zukunft der Städte befasst.
➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Social Media-Kanäle
Über Facebook und Twitter kommuniziert das Difu aktuelle „teilenswerte“ Neuigkeiten aus dem Institut bzw. zu kommunal relevanten Themen. Ausgewählte öffentliche Difu-Veranstaltungen sowie ausgewählte Vorträge von Difu-Wissenschaftler*innen können auf Youtube live verfolgt oder „nachgesehen“ werden:
➔ www.facebook.com/difu.de
➔ www.twitter.com/difu_d
➔ www.youtube.com/@difu

Presseverteiler
Die Pressemitteilungen informieren über medienrelevante Neuigkeiten aus dem Institut.
➔ www.difu.de/13168

RSS-Feeds
Feeds zu Pressemitteilungen, Veranstaltungen, Publikationen, Projekten, Ausschreibungen informieren in Echtzeit.
➔ www.difu.de/15162



Bildcollage: Difu

ÖPNV: Wer zahlt wie viel?

Abfrage im Auftrag der kommunalen Spitzenverbände und des VDV zu Finanzierungsanteilen der Kommunen

ÖPNV: Wer zahlt wie viel?



www.difu.de/17577



Christian Raffer, M.Sc.
+49 30 39001-198
raffer@difu.de



Die kommunalen Finanzierungsanteile am ÖPNV sind vielfältig und resultieren aus unterschiedlichen Maßnahmen- und Zuständigkeitsbereichen innerhalb der kommunalen Kernverwaltungen und deren etwaigen kommunalen Verkehrsunternehmen. Sie umfassen kommunale Mittel für die Bestellung der Verkehrsleistung bei privaten oder eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen, für den Defizitausgleich, für Infrastrukturmaßnahmen, für in den ÖPNV integrierte Schülerverkehre oder weitere spezifische Aufwendungen wie bspw. für kommunal bezuschusste Sozialtickets. Zur Darstellung der eigenständigen kommunalen Finanzierungsbeiträge ist es dabei erforderlich, jeweils den „Nettozuschussbedarf“ zu erfassen, d.h. die aufgewendeten „originären“ kommunalen Eigenmittel ohne Finanzzuwendungen des Landes mit ÖPNV-spezifischer Zwecksetzung und ohne Fördermittel von Bund oder Ländern.

Allerdings sind weder die eigenständigen Finanzierungsanteile der Kommunen zur Sicherung des ÖPNV durch eigene Verkehrsunternehmen bzw. bestellte Verkehrsleistungen Dritter ausreichend erfasst noch liegen Daten über ihre finanziellen Beteiligungen an ÖPNV-Verkehrsverbänden vor. Eine Klärung der Frage, wie hoch die Anteile absolut und im Pro-Kopf-Vergleich der verschiedenen Bundesländer bzw. Regionen sind, steht zudem noch aus. Vor diesem Hintergrund führt das Projekt eine online-gestützte Abfrage zu den ÖPNV-Finanzierungsanteilen unter den Kommunen durch, die über eigene ÖPNV-Unternehmen verfügen bzw. Verkehrsleistungen bei privaten Verkehrsunternehmen selbst beauftragen oder anteilig über einen Verkehrsverbund mitfinanzieren, der die Verkehrsleistung organisiert/bestellt.

Umweltqualität:
fair verteilt!



www.difu.de/17621



Dipl.-Ing. Christa Böhme
+49 30 39001-291
boehme@difu.de

Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Umweltqualität: fair verteilt!

Welche Maßnahmen können Kommunen für mehr Umweltgerechtigkeit in sozial benachteiligten Gebieten ergreifen?



Foto: Adobe Stock, Roman Babakin

In vielen sozial benachteiligten Quartieren konzentrieren sich gesundheitsrelevante Umweltbelastungen wie Lärm, Luftschadstoffe oder bioklimatische Belastungen. Gleichzeitig mangelt es diesen Gebieten oft an gesundheitsrelevanten Umweltressourcen. Insbesondere ausreichende und attraktive Grünflächen fehlen häufig.

Vor diesem Hintergrund steht im Zentrum des Projekts die Frage, wie mehr Umweltgerechtigkeit für Gebiete des Städtebauförderungsprogramms „Sozialer Zusammenhalt“ geschaffen werden kann. Mit dem Programm unterstützen Bund und Länder die Kommunen bei der Herausforderung, benachteiligte Stadt- und Ortsteile zu stabilisieren und in diesen Gebieten die Lebensbedingungen zu verbessern. Ein Handlungsfeld, für das Fördermittel eingesetzt werden können, ist die Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in den Quartieren.

Zur Aufbereitung des aktuellen Forschungsstands zum Ansatz Umweltgerechtigkeit mit Blick auf das Städtebauförderprogramm wird zunächst eine Literaturanalyse durchgeführt. Im zweiten Schritt analysiert das Projekt die bisherige Praxis zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltgerechtigkeit in den Gebieten des Förderprogramms exemplarisch anhand von vorbildlichen Beispielen. In Form von Videotutorials werden schließlich ausgewählte Ergebnisse mit übertragbaren Handlungsempfehlungen und Maßnahmen für mehr Umweltgerechtigkeit in den entsprechenden Gebieten vermittelt. Die Tutorials richten sich gezielt an kommunal Verantwortliche. Das Projekt wird im Auftrag des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) bearbeitet.

Raumwirkungen von Smart Cities

Fraunhofer IAO und Difu entwickeln Modell zur Untersuchung der räumlichen Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen.

Raumwirkungen von Smart Cities



www.difu.de/17609



Dipl.-Ing. Jan Abt
+49 30 39001-206
libbbe@difu.de

Dr. Jens Libbe

+49 30 39001-115
libbe@difu.de



Foto: Adobe Stock, ipopba

Die potenziellen und tatsächlichen Wirkungen von Digitalisierungsmaßnahmen auf den Raum sind bisher kaum systematisch erfasst. Dies macht es schwierig, zu einer Bewertung der Smart City hinsichtlich einer nachhaltigen Stadtentwicklung im Sinne der Neuen Leipzig-Charta zu kommen.

Das Difu und das Fraunhofer Institut für Arbeitswissenschaft und Organisation IAO entwickeln daher ein prototypisches Rahmenwerk zur Identifizierung und Bewertung der räumlichen Wirkungen von Smart-City-Maßnahmen. Das Modell wird im Rahmen eines Pretests auf seine Tragfähigkeit überprüft.

Im Fokus des Projekts stehen folgende Fragen:

- Was sind stadträumliche Wirkungen (und was nicht)?
- In welchen Dimensionen und Facetten können digitale oder datengestützte Smart-City-Maßnahmen stadträumliche Wirkung entfalten?
- Wie können direkte und indirekte, intendierte und nicht-intendierte, kurzfristige, mittelfristige und langfristige Wirkungen von digitalen oder datengestützten Smart-City-Maßnahmen gemessen werden?
- Was gilt es bei der Wirkungsmessung grundsätzlich zu beachten? Was bedeutet dies für den Umgang mit Schlüsselkennzahlen (KPI) in Förderprojekten?

Das Projekt wird im Rahmen der Koordinierungs- und Transferstelle (KTS) Modellprojekte Smart Cities und in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) durchgeführt.

Nachhaltige Finanzierung



www.difu.de/17574



Dr. Henrik Scheller
+49 30 39001-295
scheller@difu.de

Nachhaltige Finanzierung

Sustainable Finance in Kommunen: Verbundprojekt entwickelt Kriterien für die Finanzierung nachhaltiger Investitionen.



Foto: Adobe Stock, manoonpan

Das Verbundprojekt „Nachhaltige Finanzierung kommunaler Klimainvestitionen unter Berücksichtigung der EU-Taxonomie“ will einen Beitrag dazu leisten, dass öffentliche Investitionen zukünftig viel stärker als heute durch nachhaltige Finanzierungsformen im Sinne der EU-Taxonomie finanziert werden. Zwar findet die EU-Taxonomie, ein Regelwerk zur Definition von Nachhaltigkeit, heute noch keine unmittelbare Anwendung für die Kommunen. Allerdings steht perspektivisch genau dies zu erwarten. Schon heute knüpft beispielsweise die EU die Vergabe von Fördermitteln an die Erfüllung der Taxonomiekriterien. Auch die Banken stehen unter Druck, da sie ab 2023 nachweisen müssen, welcher Anteil an ihrem Gesamtportfolio für nachhaltig finanzierte, also taxonomiekonforme Wirtschaftsaktivitäten aufgewandt wird.

Das Projekt analysiert die Herausforderungen, die für die deutschen Kommunen aus der praktischen Anwendung der EU-Taxonomie und der Sustainable-Finance-Strategie der Bundesregierung resultieren, und identifiziert europäische und internationale Best-Practice-Beispiele. Anschließend wird im Rahmen eines Stakeholder-Dialogs unter Einbeziehung von Kommunen, öffentlichen Unternehmen, Förderbanken, Länder- und Kommunalaufsichten ein optimaler regulatorischer Rahmen für Kommunen unterschiedlicher Größe entwickelt. So soll insgesamt das strukturelle Mismatch zwischen Angebot und Nachfrage von nachhaltigen Finanzierungsformen abgebaut werden.

Das Difu führt das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Projekt durch. Kooperationspartner sind verschiedene Landes- und Förderbanken, die KfW und der Verband öffentlicher Banken (VÖB).

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

Das Difu begleitet die Umsetzung des 2021 in Kraft getretenen Kinder- und Jugendstärkungsgesetz.

Inklusive Kinder- und Jugendhilfe



www.difu.de/17549



Kerstin Landua
+49 30 39001-135
landua@difu.de



Foto: Adobe Stock, Robert Kneschik

Das DIALOGFORUM „Bund trifft kommunale Praxis“, seit April 2017 am Difu verankert und vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert, begleitet den Diskurs um eine Modernisierung des Achten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VIII) seit mehr als fünf Jahren. Ziel ist es, den Austausch zwischen Bund und Kommunen über die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe mit Blick auf das am 10. Juni 2021 neu in Kraft getretene Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) auf dem Weg zu einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe zu unterstützen und die praktische Umsetzung zu diskutieren. Bis Ende 2025 soll damit die erfolgreiche Einführung des neuen KJSG durch einen transparenten und systemübergreifend geführten Diskussionsprozess flankiert werden.

Der Austausch findet insbesondere im Rahmen von drei Veranstaltungsformaten statt. Veranstaltet werden Praxisworkshops für Jugendämter, eine Fokusthemenreihe zur interdisziplinären Zusammenarbeit der Hilfesysteme sowie Wirkungsdialoge. In einem begleitenden Forschungsmodul werden praxisorientierte Fragen der Umsetzung des KJSG auf sozialräumlicher Ebene untersucht.

Ein Projektbeirat berät als unterstützendes Gremium die inhaltliche Entwicklung und spricht hierfür Empfehlungen aus. Der Beirat besteht aus Vertreter*innen des BMFSFJ, aus Praktiker*innen der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände, verschiedener Fachverbände der Jugendhilfe sowie der Gesundheits- und Behindertenhilfe, der Landesjugendämter und der Wissenschaft.

SUMP: Wie ist der Status quo?



www.difu.de/17557



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

SUMP: Wie ist der Status quo?

Wie verbreitet sind nachhaltige urbane Mobilitätspläne in den Kommunen und entsprechen sie künftigen EU-Standards?



Foto: Christine Grabarse

In vielen deutschen Städten wurden und werden Verkehrsentwicklungspläne erarbeitet. Unklar ist bisher, wie weit verbreitet das Konzept der Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) unter deutschen Städten ist bzw. wie qualitativ solche Pläne sind, die sich nach eigenen Angaben am SUMP-Konzept orientieren. Ebenso unbekannt ist umgekehrt, ob es städtische Mobilitätspläne gibt, die zwar nicht explizit die SUMP-Prinzipien befolgen, die ihnen aber de facto sehr nahekommen. Für den Auftraggeber des Projekts, das Bundesministerium für Digitales und Verkehr, sind solche Fragen wesentlich, da von ihrer Beantwortung abhängt, welche Aktivitäten erforderlich sind, um die absehbaren Anforderungen der Europäischen Kommission zu erfüllen.

Das Projekt nimmt eine Bestanderhebung und -analyse der Verkehrsentwicklungspläne in deutschen Kommunen entsprechend den Anforderungen eines Sustainable Urban Mobility Plans (SUMP) vor. Dazu werden als erstes Bewertungskriterien für einen SUMP festgelegt. Durch die Auswertung von Datenbanken und einer ergänzenden Kurzumfrage wird der Bestand an nachhaltigen Mobilitätsplänen erfasst. Schwerpunkt der Untersuchung sind die Städte der TEN-V-Knoten (urban nodes) in Deutschland und alle übrigen Städte mit 100.000 oder mehr Einwohner*innen. Die erfassten Pläne werden sodann bzgl. der SUMP-Kriterien analysiert und bewertet. In einem weiteren Arbeitspaket werden die Pläne untersucht, die noch nicht SUMP-Kriterien entsprechen, und bewertet, inwieweit die fehlenden Bestandteile oder Qualitäten ergänzt werden können.



Das Jahr 2022 geht zu Ende und wir bedanken uns für Ihr Vertrauen und Ihre Treue!

Mit Tatendrang und voller Zuversicht erwarten wir das Jahr 2023 und freuen uns auf die gemeinsamen Veranstaltungen mit Ihnen.

Auch im kommenden Jahr können Sie von uns Wissensvermittlung, Erfahrungsaustausch und Vernetzung erwarten – beispielsweise in Difu-Seminaren und -Dialogen. Wir thematisieren darin die ganze Bandbreite der Urbanistik. Daneben bieten wir im Rahmen der am Difu angesiedelten Großprojekte weitere themenspezifische Veranstaltungen an.

Sie dürfen gespannt sein! Einen ersten Vorgeschmack finden Sie nachfolgend:

Auszug Veranstaltungsvorschau 1. Halbjahr 2023

SK:KK-Online: Treibhausgasneutrale Kommunalverwaltung – Basics und Bausteine

Kommunaler Klimaschutz
17. Januar 2023, online
➔ www.difu.de/17626

Fluchtzuwanderung: Aufnahme und Zusammenleben ermöglichen – Was sagt und macht die kommunale Praxis?

Difu-Dialog
18. Januar 2023, online
➔ www.difu.de/17678

SK:KK-Online: Kleine Schritte, große Wirkung! low hanging fruits im kommunalen Klimaschutz

Kommunaler Klimaschutz
19. Januar 2023, online
➔ www.difu.de/17602

Barrierefreiheit im ÖPNV – Hürden der schnellen Umsetzung bewältigen

Difu-Seminar
13. Februar 2023, online
➔ www.difu.de/17589

Kommunale Wärmewende – dringlicher denn je

Difu-Dialog
15. Februar 2023, online
➔ www.difu.de/17560

Nachhaltigkeitshaushalte – Ansätze, Strategien und Potentiale

Difu-Seminar
27.–28. Februar 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17590

Ist das noch Krisenmodus oder schon Transformation?

Difu-Dialog
15. März 2023, online
➔ www.difu.de/17561

Die vierte Dimension – Kultur als Motor einer nachhaltigen Entwicklung

Difu-Seminar
20. März 2023, online
➔ www.difu.de/17591

Urbane Transformation anpacken und steuern – Zielgrößen als Kompass und Motor

Difu-Seminar
21.–22. März 2023, online
➔ www.difu.de/17593

Lokale Klimapolitik – wie wird sie Baustein der kommunalen Beteiligungskultur?

Difu-Seminar
22.–23. März 2023, Erlangen
➔ www.difu.de/17592

Innovative Formate für die kommunale Starkregen und Hitzevorsorge

Difu-Dialog
19. April 2023, online
➔ www.difu.de/17562

Parken im Quartier – Neue Gebühren und Konzepte

Difu-Seminar
20.–21. April 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17594

Alte Aufgaben – neue Strukturen? Mit Change Management Querschnittsthemen steuern

Difu-Seminar
20.–21. April 2023, Köln
➔ www.difu.de/17595

Resiliente Stadt durch digitale Anwendung – Klimaanpassung mit digitalen Tools

Difu-Seminar
24.–25. April 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17596

Mehr Umweltgerechtigkeit – Wie kann das in der Kommune gelingen?

Difu-Seminar
27.–28. April 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17597

Nachhaltiges Bauen in Kommunen – Wie ist das zu schaffen?

Difu-Seminar
8.–9. Mai 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17598

Welche Zukunft hat die Innenstadt? Entwicklungen und Perspektiven

Difu-Seminar
11.–12. Mai 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17599

Verkehrswende in der Stadtregion – Ein attraktiver ÖPNV als Schlüssel für den Erfolg

Difu-Seminar
5.–6. Juni 2023, Berlin
➔ www.difu.de/17600

Weitere Veranstaltungsangebote am Difu

Difu-Dialoge zur Zukunft der Städte
➔ www.difu.de/veranstaltungen/difu-dialoge

Dialogforum Jugendhilfe
➔ www.jugendhilfe-inklusiv.de

Service- und Kompetenzzentrum Kommunaler Klimaschutz
➔ www.klimaschutz.de/veranstaltungen

Zentrum KlimaAnpassung
➔ www.zentrum-klimaanpassung.de/termine

Mobilitätsforum Bund
➔ www.mobilitaetsforum.bund.de

Überblick sämtlicher Veranstaltungen mit Details, Einzelprogrammen und Online-Anmeldetool – stets aktuell:

➔ www.difu.de/programm

Kommunen wollen Mobilitätswende umsetzen und „Strecke machen“

300 Mobilitätsfachleute aus dem gesamten Bundesgebiet trafen sich im November bei der Fahrradkommunalkonferenz in Aachen. Im Zentrum stand die Frage, wie Kommunen Maßnahmen schneller umsetzen können und welche Strukturen dafür benötigt werden.



Foto: Dagmar Köhler

Unter dem Motto „Mobilitätswende umsetzen – Gute Pläne und jetzt Strecke machen“ wurde über die Diskrepanz zwischen kommunalem Willen zu einer Mobilitätswende und der mangelnden Umsetzung diskutiert. „Die Stadt Aachen arbeitet mit viel Energie daran, mit einer modernen vielseitigen Mobilität so schnell wie möglich die Kohlendioxid-Belastungen zu reduzieren. Die Luft soll sauberer, das Klima grundlegend verbessert werden“, betonte Frauke Burgdorff, Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität der Stadt Aachen.

Die Radverkehrsplanung steht nicht nur in Aachen vor großen fachlichen Herausforderungen. Zwei wichtige politische Entscheidungen beflügeln die Fachleute aus dem gesamten Bundesgebiet in ihrem Handeln: der Radentscheid von 2019 und das integrierte Klimaschutzkonzept von 2020. Das Fahrrad spielt dabei eine wichtige Rolle und ist gemeinsam mit Fußverkehr und ÖPNV Motor dieser Entwicklung. Dieser Motor muss gut konzipiert und schnell und effektiv ins Laufen gebracht werden. Ein besonderer Diskussionsschwerpunkt waren deshalb kommunale Strukturen, die der Verwaltung ermöglicht, Radverkehrsmaßnahmen umzusetzen. Nie zuvor tauschten sich die Radverkehrsfachleute so intensiv über Organisationsstrukturen, Prozessabläufe und Change Management aus wie auf der diesjährigen Konferenz. Wichtiger Impulsgeber waren Projektpartner und Pilotstädte des vom Difu geleiteten Projekts KoRa. Darin wird erforscht, welche Hindernisse zwischen Beschlüssen

und Umsetzung stehen und wie diese abgebaut werden können.

Weitere Themen der Konferenz waren die Gestaltung komfortabler und sicherer Radwege und Kreuzungen, der Umgang mit Radentscheiden und Initiativen sowie Verbindungen zwischen Stadt und Region. „Fahrradprofessorin“ Jana Kühl, Inhaberin der BMDV-Stiftungsprofessur Radverkehr der Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften, regte in ihrer Keynote zum Nachdenken über Änderungen der Mobilitätskultur an. Im Rahmen des Abendempfangs wurden „Plan F Awards“ verliehen. Prämiiert wurden aktuelle Praxisbeispiele der kommunalen Radverkehrsförderung. Die Stadt Aachen lud an beiden Tagen zu einem vielseitigen Exkursions- und Netzwerkprogramm ein. Teile der Konferenz wurden mittels Livestream weiteren Fachleuten online zugänglich gemacht.

Die Fahrradkommunalkonferenz hat sich inzwischen zur wichtigsten Radverkehrsplattform für Kommunen entwickelt, was auch die Veranstaltung in Aachen eindrucksvoll belegte. Die Konferenz steht für Innovationskraft, Zusammenarbeit und Durchhaltevermögen, auch unter schwierigen Bedingungen. Die 16. Fahrradkommunalkonferenz wurde vom Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und vom Mobilitätsforum Bund ausgerichtet. Das Difu unterstützte den Bund und die Gastgeberin Aachen dabei. 2023 wird die Konferenz in Regensburg stattfinden.



www.difu.de/17642
www.t1p.de/srplh



Dagmar Köhler
+49 30 39001-108
koeehler@difu.de

Carina Heinz
+49 30 39001-173
heinz@difu.de

Marion De Simone
+49 30 39001-132
de-simone@difu.de

Klimaschutz und Mobilitätswende – Masterpläne in den Kommunen

Erfahrungen in den Kommunen mit verkehrs- und klimabezogenen Masterplänen standen im Mittelpunkt eines Difu-Seminars in Berlin. Die Masterpläne können zur Lärminderung und Luftverbesserung beitragen.



Im September veranstaltete das Difu in Berlin das Seminar „Klimaschutz und Mobilitätswende: Erfahrungen zu verkehrs- und klimabezogenen Masterplänen in den Kommunen“. Im Fokus der Fortbildung stand die Frage, wie anhand unterschiedlicher Planwerke aus dem Verkehrs- und Mobilitätsbereich Möglichkeiten für den kommunalen Klimaschutz eröffnet werden können. Der erste Seminarblock befasste sich mit unterschiedlichen Modellen zur Förderung einer klimafreundlichen Mobilität auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Dabei wurden u.a. „Klimamobilitätspläne“ aus Baden-Württemberg und die finanzielle Förderung für deren Erstellung durch das Land vorgestellt. Eine wissenschaftliche Einordnung zu Chancen und Grenzen kommunaler Verkehrsmasterpläne für den Klimaschutz gab Prof. Dr. Christian Holz-Rau (ehem. TU-Dortmund). Er erläuterte u. a. die Bedeutung von Sofortmaßnahmen wie Tempolimits und die Notwendigkeit von „Push-Maßnahmen“ sowie „Pull-Anreizen“ zur Vermeidung von Backfire-Effekten. Bei Betrachtung der durch den Verkehr verursachten CO₂-Bilanz steht die Veränderung des Verkehrsaufwands und nicht die Verkehrsmittelwahl im Vordergrund.

Die Planersocietät stellte Best-Practice-Beispiele für Klimaschutzkonzepte mit Fokus auf Mobilität vor. Als Beispiele wurden umweltorientiertes Verkehrsmanagement der Stadt Erfurt sowie Luftreinhaltepläne der Stadt Reutlingen vorgestellt und diskutiert.

Klaus Geschwinder von der Region Hannover und Herbert Brüning aus der Stadt Norderstedt stellten das „Aktionsprogramm Verkehrswende“ und Lärmaktionspläne vor. Entscheidend für den Erfolg ist – neben konzeptionellen Plänen – das Umsetzungsprogramm, was am Beispiel des „Aktionsprogramms Verkehrswende“ der Region Hannover demonstriert wurde. Lärmaktionspläne können durch die Reduzierung bzw. Reglementierung – z.B. durch Tempolimits – des motorisierten Individualverkehrs (MIV) ebenfalls einen Betrag zum Klimaschutz leisten.

Fazit: Kommunale Verkehrsmasterpläne haben eine eher untergeordnete Rolle für den Klimaschutz. Sie bringen dennoch andere positive Aspekte vor Ort zum Tragen, z.B. weniger Lärmbelastung, eine bessere Luftqualität und mehr öffentlichen Raum zur anderweitigen Nutzung. Vor allem die Verringerung der Distanzen im MIV können einen entscheidenden Beitrag zur Senkung der Treibhausgasemissionen bewirken. Dabei sind die Steuerungsinstrumente der Kommunen jedoch eher beschränkt. Hier fehlt es an einer klaren Rahmensetzung vor allem durch den Bund, z.B. durch Änderungen von Steuerermäßigungen für die Pkw-Nutzung (Dienstwagenprivileg, Entfernungspauschale, etc.). Die Umsetzung von Tempolimits, die Einführung einer Citymaut oder mehr kommunale Gestaltungsfreiheit im Straßenverkehrsrecht würden Kommunen weitere Handlungsräume eröffnen.



www.difu.de/17569



Dr.-Ing.
Wulf-Holger Arndt
+49 30 39001-252
arndt@difu.de

Marco Peters, M.A.
+49 221 340308-27
peters@difu.de

Integrierte Stadt(teil)entwicklung – Wo stehen wir heute?

Warum Integrierte Stadt(teil)entwicklung für die kommunale Praxis immer noch eine große Bedeutung hat und wohin sie in Zukunft steuert, war Thema eines aktuellen Difu-Seminars.



Foto: Wolf-Christian Strauss

Integrierte Stadt- und Quartiersentwicklung sind zentrale Instrumente zur ganzheitlichen Entwicklung von Städten und ihren Teilräumen – nicht zuletzt, weil dies eine Forderung aus verschiedenen Städtebauförderungsprogrammen war und ist. So weit herrscht Einigkeit. Schon immer stellten sich dabei Fragen u. a. nach beteiligten Akteuren inner- und außerhalb der Verwaltung, nach ressortübergreifender Zusammenarbeit sowie nach Kooperationsmöglichkeiten zwischen Verwaltungs- und Vor-Ort-Ebene inklusive Beteiligung. Zu diesen und weiteren Fragen diskutierten Teilnehmende und Referierende intensiv im Rahmen des Difu-Seminars „Integrierte Stadt(teil)entwicklung – Wo stehen wir heute?“.

In einem Blick zurück wurde im Sinne eines „Kassensturzes“ rekapituliert, wie sich der heutige Ansatz Integrierter Stadt(teil)entwicklung seit den 1970er-Jahren und insbesondere seit Mitte der 1990er-Jahre in Theorie und kommunaler Praxis entwickelt bzw. verändert hat. Erfahrungen aus drei Kommunen zeigten, dass sie ihre Herangehensweise im Laufe der vergangenen zweieinhalb Dekaden immer wieder an neue Herausforderungen und neue Handlungsmaximen angepasst haben. Dabei ging es neben Aufgaben, Zielen und Rahmenbedingungen auch darum, wie Integrierte Stadt(teil)entwicklung in der Verwaltung organisational abgebildet wird. Die Varianten reichten von thematischer Integration in einem einzelnen Fachamt über die Einrichtung von Stabsstellen bis hin zur

Etablierung von Querschnittsämtern, die über die Linienorganisation hinwegreichen.

In Arbeitsgruppen tauschten die Teilnehmenden individuelle Erfahrungen dazu aus, welche Themen und Handlungsfelder heute im Vordergrund stehen („Themen 2.0“), welche Akzeptanz integriertes Handeln bei Politik, Verwaltung und Bürger*innen heute generell (noch) hat und wie das Verhältnis von Konzepten zu deren Umsetzung aussieht.

Im Seminar wurde deutlich: Themen wie Gemeinwohlorientierung, verstärkte Akteurskooperationen, Beteiligung und Koproduktion, Resilienz und Suffizienz, Gerechtigkeit, Umwelt – wie sie auch in der 2020 weiterentwickelten Neuen Leipzig-Charta dargestellt sind – stellen (neue) Herausforderungen für strategisches Handeln dar. Hinzu kommt die Notwendigkeit, auf kurzfristige Krisen reagieren zu müssen, die – zumindest gefühlt – immer dichter aufeinander folgen und alle an der Stadtentwicklung beteiligten Akteure fordern.

Insgesamt zeigte sich, dass es in den Kommunen zunehmend darum gehen wird, eine Balance zu finden: zwischen „kurzfristiger Reaktion“ auf aktuelle Anlässe und „langfristigem Handeln“ – im Sinne einer strategischen Ausrichtung. Damit hat Integrierte Stadt(teil)entwicklung heute nichts an ihrer Relevanz verloren, was auch die Diskussionen an beiden Seminartagen deutlich unterstreichen konnten.



www.difu.de/17629



Dr. Thomas Franke
+49 30 39001-107
franke@difu.de

Dipl.-Ing.
Wolf-Christian Strauss
+49 30 39001-296
strauss@difu.de

Zehn „Klimaaktive Kommunen“ als Vorbilder ausgezeichnet

Die Städte Amberg, Bielefeld, Darmstadt, Mindelheim und Münster, die Gemeinde Nohfelden sowie die Kreise Viersen und Pinneberg, der Bodenseekreis und der Landkreis Lörrach erhalten insgesamt 250.000 Euro Preisgeld für vorbildlichen Klimaschutz.

Klimaschutz ist wichtiger denn je. Das hat die zehn ausgezeichneten Preisträger-Kommunen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2022“ zum Handeln veranlasst. Am 21. November wurden sie im Rahmen der jährlich stattfindenden Kommunalen Klimakonferenz in Berlin dafür ausgezeichnet.

Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Dr. Robert Habeck würdigte dabei das Engagement der Preisträger*innen: „Klimaschutz braucht das Engagement aller Ebenen, ob global oder lokal. Auf internationaler Ebene wurde gerade im Rahmen der COP27 um die richtigen Weichenstellungen im Klimaschutz gerungen. Heute geht es um

Preisverleihung. Das Difu lobt den bundesweiten Wettbewerb mit Förderung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative aus.

„Die Preisträger des Wettbewerbs 'Klimaaktive Kommune' spiegeln die Vielfalt des kommunalen Engagements zum Schutz des Klimas wider“, kommentierte Cornelia Rösler, Leiterin des Difu-Forschungsbereichs Umwelt, die Preisverleihung. „Die prämierten Kommunen haben deutlich gemacht, wie viel Potenzial für die Reduktion von klimaschädlichen Treibhausgasen hier aufzuspüren und zu heben ist. Der Wettbewerb dokumentiert jedes Jahr sehr effektiv, wie Kommunen sich wirkungsvoll für den Schutz des Klimas einsetzen.“

Die Gewinnerkommunen 2022

Städte: Amberg, Bielefeld, Wissenschaftsstadt Darmstadt, Mindelheim, Münster. (Land-)Kreise/ Gemeinden: Lörrach, Pinneberg, Viersen, Nohfelden. Sonderpreis: Bodenseekreis.

In der Kategorie „Ressourcen- und Energieeffizienz“ setzt der Kreis Viersen mit dem Neubau des „Zentralen Kreisarchivs“ Maßstäbe im Bereich klimafreundliches Bauen – durch einen reduzierten Ressourcen- und Energieeinsatz und die Wiederverwertung von Baustoffen nach den Prinzipien der „Zirkulären Wertschöpfung“. Das Archiv kann die baurechtlichen Anforderungen der Energieeffizienz von Neubauten um 45 Prozent unterbieten und kommt ohne fossile Energieträger aus. Die Prinzipien der „Zirkulären Wertschöpfung“ werden bei künftigen Neubauten des Kreises angewendet. Der Landkreis Lörrach entwickelte mit seiner „Interkommunalen Wärmeplanung“ ein Strategieinstrument, das alle Potenziale der 35 Gemeinden des Landkreises für eine klimaneutrale Wärmeversorgung bis 2040 berücksichtigt und diese damit bei der Wärmewende unterstützt. Die Stadt Mindelheim verfolgte bei der „Sanierung des Maria-Theresia-Freibads“ das Ziel, einen größtmöglichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Das Bad wird seit 2021 fast klimaneutral betrieben, durch die regenerative Erwärmung der Becken spart Mindelheim hier 90 Prozent CO₂-Emissionen ein und die Installation von Photovoltaik-Anlagen bringt zusätzlich ca. 50 Tonnen Reduzierung an CO₂-Emissionen pro Jahr.



Foto: Peter Himsel, Difu

das Engagement vor Ort in den deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen, die mit Ehrgeiz, Kreativität und Umsetzungswillen Klimaschutz konkret voranbringen. Die ausgezeichneten Kommunen sind Vorbild dafür, wie mit Klimaschutz mehr Lebensqualität, gutes Zusammenleben und mehr regionale Wertschöpfung vor Ort erreicht werden können.“ Die Auszeichnungen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune“ wurden vom Klimaschutzministerium und dem Deutschen Institut für Urbanistik gemeinsam mit Vertreter*innen mehrerer Institutionen überreicht: Deutscher Städtetag, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Umweltbundesamt. Diplom-Meteorologe Sven Plöger führte als Moderator durch die Veranstaltung und die



Bundesminister Dr. Robert Habeck: „Die ausgezeichneten Kommunen sind Vorbild dafür, wie mit Klimaschutz mehr Lebensqualität, gutes Zusammenleben und mehr regionale Wertschöpfung vor Ort erreicht werden können.“



www.difu.de/17634
www.t1p.de/op4ml
www.t1p.de/k9fgw



Anna Hogrewe-Fuchs
 +49 221 340308-16
hogrewe-fuchs@difu.de

Ulrike Vorwerk, M.A.
 +49 221 340308-17
vorwerk@difu.de



Preisträger*innen des Wettbewerbs „Klimaaktive Kommune 2022“

In der Kategorie „Klimagerechte Mobilität“ zeigt die Wissenschaftsstadt Darmstadt in der „Lincoln-Siedlung“, wie klimafreundliche Mobilität im Quartier erfolgreich geplant und strategisch umgesetzt werden kann. Dazu band sie frühzeitig alle relevanten Akteure in einem intensiven Beteiligungsprozess mit ein. Das Konzept macht vom eigenen Auto unabhängiger und stärkt den Umweltverbund. So lassen sich der CO₂-Ausstoß im Verkehrssektor, aber auch Luft- und Lärmbelastungen deutlich reduzieren. Die Kreisverwaltung Pinneberg hat auf der Basis eines umfassenden Gesamtkonzepts ihren Fuhrpark auf E-Mobilität mit intelligenter Ladelösung und digitalem Buchungssystem umgestellt. Die „Neue E-Flotte“ ist ein wichtiger Baustein zur Mobilitätswende. In der Stadt Bielefeld konnten Bürger*innen drei Monate testen, ohne eigenes Auto klimafreundlich unterwegs zu sein. Der Austausch unter den Teilnehmenden sowie die Weitergabe der praktischen Erfahrungen als Multiplikator*innen standen beim Projekt „3 Monate ohne Auto“ besonders im Fokus. Durch den Umstieg auf klimafreundliche Mobilität im Umweltverbund können erhebliche CO₂-Emissionen vermieden werden.

In der Kategorie „Klimafreundliche Verwaltung“ gelang der kleinen Gemeinde Nohfelden der Sprung auf das Siebertreppchen: Sie steht mit ihrem Projekt „Kommunalverwaltung auf Klimakurs“ für die Reduktion von CO₂-Emissionen durch klimabewusstes Handeln im kommunalen Alltag. Von der Beschaffung über Digitalisierung, Neubau und Sanierung bis zu Mobilität und Energieversorgung – in allen Bereichen spart

die Gemeinde CO₂-Emissionen ein und ist damit ein gutes Vorbild: für die eigenen Bürger*innen ebenso wie für andere Kommunen. Die Stadt Münster setzt sich mit einer Konzeptstudie systematisch mit dem ambitionierten Ziel „Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030“ auseinander und stellt darin detailliert die notwendigen Handlungsschritte und Zuständigkeiten auf dem Weg zu einer umfassenden Transformation des „Systems Verwaltung“ dar. Als dritte im Bunde überzeugte die Stadt Amberg in dieser Kategorie mit dem Projekt „Stadtverwaltung als Vorbild für Klimaschutz“. Auch Amberg reduziert seit langem gezielt CO₂-Emissionen innerhalb der Stadtverwaltung und verankert Klimaschutz systematisch in allen Bereichen des kommunalen Handelns. Im Vergleich zu 2010 spart die Stadt aktuell jährlich rund 65 Prozent des Strombedarfs und 47 Prozent der Treibhausgasemissionen ein.

Der Sonderpreis „Klimaschutz und Naturschutz“ ging an den Bodenseekreis, der bereits 1984 begonnen hat, das Moorgebiet Hepbacher-Leimbacher Ried, das bis dahin intensiv landwirtschaftlich genutzt wurde und entsprechend Schaden genommen hatte, zu renaturieren und so wichtige Funktionen für den Klima- und Naturschutz zu erhalten. Das Moor ist Lebensraum seltener Tier- und Pflanzenarten und ein natürlicher Speicher für klimaschädliches CO₂. Durch die Maßnahmen werden jährlich CO₂-Emissionen in Höhe von bis zu 2.000 Tonnen vermieden.

Im Januar 2023 geht der Wettbewerb „Klimaaktive Kommune“ in eine neue Runde.



Förderung der Wärmeplanung in Kommunen: gut für den Klimaschutz

Für die klimaneutrale Gestaltung der Wärmeversorgung braucht es kluge Konzepte. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) fördert die kommunale Wärmeplanung seit November im Rahmen der Kommunalrichtlinie.

Kommunen tragen entscheidend zu den gesetzten Klimaschutzziele bei. Deshalb unterstützt das BMWK seit 2008 Kommunen und kommunale Akteur*innen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) finanziell dabei, Klimaschutzmaßnahmen umzusetzen. So wurden mit Förderung über die Kommunalrichtlinie – dem größten Breitenförderprogramm der NKI – mehr als 22000 Klimaschutzprojekte in mehr als 4450 Kommunen auf den Weg gebracht.

Zum 1. November 2022 wurde die Kommunalrichtlinie um eine Impulsförderung für kommunale Wärmeplanung erweitert: Mithilfe der Wärmeplanung kann der zu erwartende Wärmebedarf einer Kommune ermittelt und mit einer auf erneuerbaren Quellen basierenden Wärmeversorgungsinfrastruktur abgestimmt werden. Wärmeplanung soll in Kommunen die Grundlage für eine kommunale und treibhausgasneutrale Wärmeversorgung schaffen. Mit dem neuen Förderschwerpunkt wird die Erstellung von kommunalen Wärmeplänen durch fachkundige externe Dienstleister*innen gefördert. Dabei muss der Wärmeplan neben einer Bestandsanalyse auch eine Energie- und Treibhausgasbilanz enthalten. Ein weiterer Bestandteil des Wärmeplans ist eine Potenzialanalyse zur

Ermittlung von Energieeinsparpotenzialen beziehungsweise lokalen Potenzialen von erneuerbaren Energien. Auch die Beteiligung relevanter Verwaltungseinheiten, ein passendes Controlling und eine Verstetigungs- sowie Kommunikationsstrategie sollen in die Planung integriert werden.

Noch bis zum 31. Dezember 2023 können Kommunen für diesen Schwerpunkt 90 Prozent Förderung erhalten, danach sind es 60 Prozent. Finanzschwache Kommunen und Antragstellende aus Braunkohlerevieren profitieren sogar von einer 100-Prozent-Förderung – ab 1. Januar 2024 sind es 80 Prozent. Voraussetzung für die Förderung der kommunalen Wärmeplanung: Es liegt noch kein Fokus- oder Klimaschutzteilkonzept für das Handlungsfeld Wärme- und Kältenutzung vor.

Neben der Wärmeplanung bietet die Kommunalrichtlinie Förderungen für zahlreiche weitere strategische Klimaschutzmaßnahmen. Dazu zählen unter anderem Vorhaben zur Erstellung eines Klimaschutzkonzepts und zur Schaffung eines Klimaschutzmanagements. Beratungen, ein Energie- und Umweltmanagement sowie Machbarkeitsstudien für Investitionen in Anlagen und Infrastrukturen werden ebenfalls gefördert.

Außerdem ist eine Förderung für investive Maßnahmen möglich: beispielsweise für die Sanierung und Nachrüstung von Lüftungsanlagen oder die energieeffiziente Sanierung von Beleuchtungsanlagen. Auch Maßnahmen, die die Mobilität sowie die Wasser- und Abfallwirtschaft klimafreundlicher gestalten, gehören dazu.

Anträge auf Förderung für alle genannten Maßnahmen können ganzjährig gestellt werden. Die lange Geltungsdauer der Kommunalrichtlinie bis zum 31. Dezember 2027 sorgt dabei für Planungssicherheit. Die Projektförderung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.

Zu den Fördermöglichkeiten berät das Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK), das am Difu angesiedelt ist, im Auftrag des BMWK. Darüber hinaus bietet das SK:KK Vernetzungs- und Weiterbildungsangebote sowie zahlreiche Publikationen rund um den kommunalen Klimaschutz an.



Foto: Adobe Stock, wutzkoh



www.t1p.de/mv0ts



Service- & Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz (SK:KK) am Difu
+49 30 39001-170
skkk@klimaschutz.de



Miriam Aust

ist seit Mai 2022 am Difu-Standort Berlin in der Verwaltung tätig und verstärkt dort das Team Finanzen & Controlling in der Finanzbuchhaltung. Zudem hat sie den Vertrieb der Difu-eigenen Publikationen übernommen. Sie ist gelernte Rechtsanwaltsfachangestellte und war vor ihrer Mitarbeit am Difu in einer mittelständischen Anwaltskanzlei mit Schwerpunkt im Gesellschaftsrecht tätig.

Simone Harms

war über 14 Jahre im Difu-Forschungsbereich Mobilität am Standort Berlin tätig. Sie arbeitete als Projektassistentin der Fahrradakademie, Sachbearbeiterin bei der Veranstaltungsserie „Kommunal Mobil“, Veranstaltungsmanagerin der Fahrradkommunikalkonferenzen und zuletzt als administrative Projektleiterin der Fortbildungen zum Radverkehr für das Mobilitätsforum Bund. Ihr umfangreiches Wissen und bereichsübergreifende Vernetzung waren für die Erfolge der Projekte im Bereich Mobilität sehr wertvoll. So spielte sie auch eine wichtige Rolle für den Aufbau und Betrieb des Difu-CRM-Systems und unterstützte als Experte andere Kolleginnen.

Johanna Klauck

unterstützt seit September 2022 als Volontärin die Difu-Pressestelle. In der zweijährigen Ausbildung verstärkt sie das Team bei allen Aufgaben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie studierte Soziologie sowie Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Rostock. Während des Studiums und im Anschluss absolvierte sie Praktika bei Tageszeitungen, im rbb Hörfunk sowie der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Nach dem Bundesfreiwilligendienst bei einem Klimaschutzverein durchlief sie das Schuman-Traineeship in der Pressestelle des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Berlin.

Lea-Charlotte Sugue

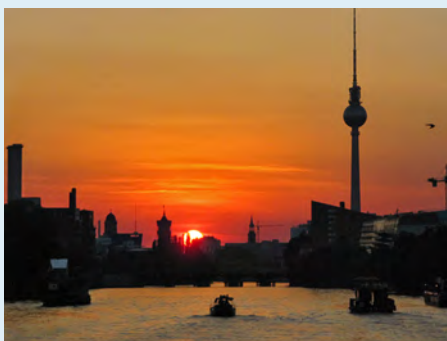
arbeitet seit August 2022 als Teamassistentin im Bereich Fortbildung und beim Dialogforum „Bund trifft kommunale Praxis“ am Standort in Berlin. Sie organisiert dort die Präsenz- und Onlineveranstaltungen. Nach dem Abschluss ihres Studiums der Kulturwissenschaften (B.A.) in Frankfurt (Oder) mit den Schwerpunkten Kulturgeschichte und vergleichende Sozialwissenschaften arbeitete sie als Sachbearbeiterin bei der Gesellschaft für Bildung und Teilhabe. Dort war sie in einem sozialen Projekt im Bereich Arbeitsmarkt und Beschäftigung schwerpunktmäßig für die Akquise verantwortlich.

Eleonore Witschaß

ist seit September 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Umwelt am Difu-Standort Köln tätig. Dort unterstützt sie das „Zentrum KlimaAnpassung“ in den Bereichen Beratung und Mentoring. Nach ihrem Studium der Umweltwissenschaften an der Leuphana Universität Lüneburg widmete sie sich an der Universität Groningen der Umwelt- und Infrastrukturplanung. Hier lag der Fokus auf nachhaltiger Transformation und sozialer Gerechtigkeit. Darüber hinaus beschäftigte sie sich mit nachhaltigem Quartiersmanagement und bringt aus ihrer Arbeit im Stadtarchiv Lüneburg Einblicke der historischen Stadtentwicklung im Wandel der Zeit und Gesellschaft mit.

Frida von Zahn

ist seit September 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich Infrastruktur, Wirtschaft und Finanzen am Difu-Standort Berlin tätig. Sie arbeitet dort im Team „Wirtschaft, Finanzen und Nachhaltigkeitsindikatoren“ zu den Themen Policy Evaluation und Klimafinanzierung. Zuvor arbeitete sie im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und bei EBP Schweiz AG zu internationalem Klimaschutz in Städten. Frida von Zahn studierte Public Policy (MA) und Liberal Arts and Sciences (BA) in Maastricht, Oslo, Berlin und Jerusalem.



Kommunale Lichtblicke

Coronapandemie, Ukrainekrieg, Klimakrise – in diesen Zeiten fällt es schwer, nicht die Hoffnung zu verlieren. Umso mehr kommt es darauf an, aus den positiven Momenten Kraft zu

schöpfen und zuversichtlich zu bleiben, um die an uns alle gestellten großen Herausforderungen zu bewältigen.

Kaum ein Moment des Tages wirkt wohl kraftvoller und inspirierender als ein beeindruckender Sonnenauf- oder Sonnenuntergang. Die „kommunalen Lichtblicke“ aus ganz Deutschland zeigen die Schönheit unserer Städte – und können hoffentlich auch ein wenig Inspiration verleihen.

Mit diesen Momentaufnahmen bedanken wir uns für das Interesse an unserer Arbeit und wünschen unseren Leser*innen einen guten Start in ein hoffentlich durch Gesundheit und Frieden geprägtes neues Jahr!

➔ www.difu.de/17628

Abgebildete (v.l.n.r.)

Miriam Aust (Foto Vera Gutofski), Simone Harms (Foto: David Ausserhofer), Johanna Klauck, Lea-Charlotte Sugue, Eleonore Witschaß, Frida von Zahn (Fotos: Vera Gutofski).



Difu-Kurzvorträge: neues Videoformat gestartet

Das Difu hat ein neues Videoformat gestartet, das sich in knapper, prägnanter Form jeweils einem aktuellen, kommunal relevanten Thema widmet. Die ersten beiden Clips sind „Innenstädte weiterdenken“ von Ricarda Pätzold und „Wärmewende: Neues Handlungsfeld für Kommunen“ von Robert Riechel. Zu finden sind alle Videos der Serie künftig im Youtube-Kanal des Difu in der Playlist „Difu-Kurzvorträge“.

➔ www.youtube.com/@difu/playlists

angepasst?! – Der Podcast des „Zentrum KlimaAnpassung“

Extreme Wetterereignisse nehmen weiter zu. Dazu kommen die Prozesse wie veränderte Biodiversität, sinkende Grundwasserstände oder ausgetrocknetes Stadtgrün. Im Podcast des „Zentrum KlimaAnpassung“ geht es daher um vorhandene Werkzeuge und Strategien der Klimaanpassung, die dabei helfen, dass die Entwicklung klimaresilienter und krisenfester Kommunen gelingen kann. Expert*innen, Wissenschaftler*innen und Menschen vor Ort erzählen aus der Praxis.

➔ www.t1p.de/zkm71

Ausschreibung für Wettbewerb „Klimaaktive Kommune 2023“

Von Januar bis Ende März 2023 werden wieder vorbildliche Klimaschutzprojekte gesucht. Klimaaktive Städte, Landkreise und Gemeinden sind aufgerufen, sich mit ihren erfolgreichen und innovativen Projekten am bundesweiten Wettbewerb zu beteiligen, den das Deutsche Institut für Urbanistik mit Förderung der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz auslobt.

➔ www.t1p.de/g4dc4

Vernetzungskonferenz „Zentrum KlimaAnpassung“

Am 1. und 2. Dezember fand die zweite Vernetzungskonferenz des Zentrum KlimaAnpassung statt. Der erste Tag wurde mit Vorträgen zur Klimaanpassung mit und im Gesundheitssektor eröffnet, danach beteiligten sich die Teilnehmenden an Workshops. Der zweite Konferenztag war dem Austausch zwischen den

Kommunen vorbehalten. Hier wurden verschiedene Best-Practice-Beispiele vorgestellt und Beratung zu unterschiedlichen Herausforderungen angeboten. Difu-Mitarbeiter*innen moderierten die Veranstaltung.

➔ www.t1p.de/7w6nt

Halbzeit: Kommunen auf dem Weg zur Umsetzung der Agenda 2030

Wo stehen Kommunen auf ihrem Umsetzungsweg? Erste Ergebnisse der Halbzeitbilanz wurden auf dem Deutschen Nachhaltigkeitstag am 1. und 2. Dezember in Düsseldorf zur Diskussion gestellt. Zur „Halbzeit“ zwischen Verabschiedung der 17 SDGs und Zieljahr 2030 hat das Difu eine erste Bilanz der Umsetzung erstellt.

➔ www.t1p.de/fww88

Mobilitätsforum Innenstadt - Europäische Beispiele

Beim ‚Mobilitätsforum Innenstadt‘ in der Stadt Aachen hat Martina Hertel am 29. November den Vortrag ‚Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung – was wir von europäischen Städten lernen können‘ gehalten. Anschließend nahm sie an einem Podiumsgespräch – u.a. mit der Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Mobilität der Stadt Aachen, Frauke Burgdorff – teil, in dem es um den Transfer der vorgestellten Beispiele in die Praxis ging.

➔ www.t1p.de/e6xln

Vitapolis – Wie wollen wir leben? – Sicherheit der Infrastruktur

Welche Infrastrukturen gelten als besonders anfällig und welche Möglichkeiten und Lösungsansätze gibt es, um die Wasser-, Gesundheits- und Energieversorgung sowie das Verkehrsnetz sicherzustellen? Das Haus der Wissenschaften Braunschweig streamte am 27. Oktober die Live-Diskussionsrunde „Wie können wir unsere Infrastrukturen in Städten sichern?“. Difu-Wissenschaftler Dr. Jens Libbe beantwortete in dem Forum Zuschauer-Fragen zur Gefährdung lebenswichtiger Infrastrukturen in Deutschland.

➔ www.t1p.de/b0r6a

Difu beim 6. Sustainable-Finance-Gipfel Deutschland 2022 vertreten

Die Wirtschafts- und Finanzbranche steht vor einem grundlegenden Wandel. Unter dem

Stichwort Transformationsfinanzierung wurde beim Sustainable-Finance-Gipfel am 14. Oktober über die nachhaltige Transformation in den verschiedensten Wirtschaftssektoren diskutiert. Wissenschaftler Dr. Henrik Scheller nahm für das Difu an der Paneldiskussion „Transformationsfinanzierung konkret am Beispiel Real Estate: Finanzieren der Energie- und Wärmewende im Gebäudesektor“ teil.

➔ www.t1p.de/vvbm3

Kein Falschparken – mehr Sicherheit für alle

Difu-Wissenschaftlerin Anne Klein-Hitpaß nahm am 19. September am Rad-Dialog des ADFC Baden-Württemberg teil. Die digitale Podiumsdiskussion widmete sich dem Thema Radverkehrssicherheit. Unter der Überschrift „Kein Falschparken – mehr Sicherheit für alle!“ diskutierte sie gemeinsam mit Vertreter*innen der Städte Karlsruhe und Stuttgart sowie Vertreter*innen des Verkehrsministeriums und des ADFC Baden-Württemberg über die mit Falschparken verbundene Gefährdung unterschiedlicher Verkehrsteilnehmender und Schlussfolgerungen für das weitere Handeln.

➔ www.t1p.de/m1pp3

Circular-Futures-Festival

Dr. Jens Libbe präsentierte am 15. September auf dem Circular-Futures-Festival eine Keynote zum Thema „Urbane Produktion und Stadtentwicklung“ im Rahmen der Session: „Moderne Quartiersentwicklung mit Konzepten urbaner Produktion“. Das hybride, deutschlandweit stattfindende Festival richtete sich an Akteur*innen aus dem öffentlichen Sektor, die sich professionell mit der zirkulären Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft auseinandersetzen: aus Mittelstand, Wissenschaftsbetrieb und Zivilgesellschaft.


➔ www.t1p.de/aadv2


Fotos (v.l.n.r.)


1: Adobe Stock (eksomolika), 2: Adobe Stock (dizfoto1973), 3: Adobe Stock (maho), 4: Qimby



Online-Infos für Difu-Zuwender und Öffentlichkeit

Im Difu-Inter- und Extranet sind viele aktuelle, kommunal relevante Informationen zu finden, u.a. Vortrags- und Seminardokumentationen, Seminarberichte und Online-Publikationen. Einige der Materialien sind exklusiv für Difu-Zuwender, daher lassen sie sich nur über das Stadtnetz bzw. ein Passwort öffnen. Zuwender gelangen auf der Difu-Homepage an die Infos über die Rubrik „Extranet“. Im Berichte-Magazin sind Exklusiv-Inhalte mit diesem Symbol  gekennzeichnet.


Ausschließlich Rat und Verwaltung der Difu-Zuwenderstädte bzw. -verbände haben kostenfreien Zugang zum Difu-Extranet:  www.difu.de/extranet/

Übersicht der Städte bzw. Verbände, die zum Kreis der Difu-Zuwender gehören:  www.difu.de/15192

Sollten trotz Zuwenderstatus der Zugang ins Difu-Extranet nicht funktionieren, Probleme im Umgang auftreten oder Fragen bestehen, so hilft der Bereich Wissensmanagement des Difu gern weiter:


Dipl.-Geogr. Ulrike Wolf
+49 30 39001-297
wolf@difu.de

Kostenfreie Difu-eBooks für Zuwender:


Die Bestellung von Difu-eBooks kann direkt durch Ratsmitglieder und Verwaltungsmitarbeitende der Difu-Zuwenderstädte und -verbände erfolgen. Zudem mailt das Difu an seine Difu-Ansprechpartner*innen auf Wunsch automatisch bei Erscheinen neuer eBooks die Codes zum kostenfreien Download (der sonst kostenpflichtigen Difu-Neuerscheinungen) zu. Weitere Infos können über die E-Mail-Adresse vertrieb@difu.de angefragt oder auf der Difu-Website eingesehen werden:  www.difu.de/12544

Veröffentlichungen zum Download

Difu-Magazin Berichte 4/2022

 www.t1p.de/ytdna


Aufbau und Erhalt blau-grün-grauer Infrastrukturen für die kommunale Klimaanpassung

 www.difu.de/17674

Moderne Stadtgeschichte (MSG) – Städte im Russländischen Imperium

 www.difu.de/17676

Kommunales Integrationsmonitoring

 www.difu.de/17660

Für eine bessere Umwelt und mehr Gesundheit – Kooperativ und integriert planen in der Kommune

 www.difu.de/17654

Parking and SUMP

 www.difu.de/17631

Kommunalbefragung Open Data 2022

 www.difu.de/17615

E-Tretroller in Städten

 www.difu.de/17613

Möbelfunktgutachten 2021

 www.difu.de/17605

#Klimahacks – Mach dein Projekt: klimafreundliche Öffentlichkeitsarbeit

 www.difu.de/17578

Klimagerechte Stadt- und Mobilitätsentwicklung: von europäischen Städten lernen

 www.difu.de/17531

Frischer Wind in die Innenstädte



 www.difu.de/17532

Veranstaltungsdokumentationen, Vorträge und Videos

Grüne Richtwerte

  www.difu.de/17636


Integrierte Stadt(teil)entwicklung

  www.difu.de/17629

Vorsicht an der Bordsteinkante

  www.difu.de/17588



„Urbane Gebiete“ im Praxis-Check

  www.difu.de/17586

Nachhaltige Quartiersansätze

  www.difu.de/17585

Klimaschutz, Ernährung und Gesundheit zusammen denken

  www.difu.de/17584

Klimaschutz und Mobilitätswende

  www.difu.de/17584

Innenstädte weiterdenken – Kurzvortrag von Difu-Wissenschaftlerin Ricarda Pätzold

  www.t1p.de/gjykc

Wärmewende: Neues Handlungsfeld für Kommunen – Kurzvortrag von Difu-Wissenschaftler Robert Riechel

  www.t1p.de/mgown

Nachrichten aus dem Difu-Extranet

  www.difu.de/extranet/nachrichten



Foto: Gina Sanders, Adobe Stock

Presseresonanz – das Difu in den Medien

Nachfolgend eine Auswahl von Beiträgen, in denen das Difu online erwähnt wurde – in Form von Interviews, Zitaten, O-Tönen, Difu-Projekt-, -Veröffentlichungs- oder -Veranstaltungsnennungen. Die Links führen zu den Beiträgen.

Public Manager, 8.12.2022

Difu legt Handlungsempfehlungen für Integrationsmonitoring in Kommunen vor

Integrationsmonitoring hilft Kommunen bei der Einschätzung, wie gut die Integration vor Ort gelingt und wo noch Maßnahmen fehlen, um Teilhabe zu stärken. Das Difu hat in einem Forschungsprojekt mit zehn Kommunen Handlungsempfehlungen entwickelt.

➔ www.t1p.de/bvjqp

Deutschlandfunk, Forschung aktuell, 30.11.2022

Wie E-Scooter wirklich Emissionen senken könnten

Sie blockieren Gehwege, landen in Flüssen oder werden von rücksichtslosen Fahrern gelenkt: E-Tretroller sind oft ein Ärgernis. Dabei haben sie das Potenzial, den Verkehr in Städten zu verbessern. Doch das klappt nicht von allein.

➔ www.t1p.de/rsj7n

Süddeutsche Zeitung, 27.11.2022

Landkreis Ebersberg: Gemeinsam besser?

Wie kann man das Wachstum in der Region nachhaltig bewältigen? Das Difu-Projekt „Region ist Solidarität“ analysiert mögliche Formen und Hindernisse interkommunaler Kooperation.

➔ www.t1p.de/pcmuu

Tagesschau24, Börse vor acht, 24.11.2022

Klimagerechtes Bauen: Warum es wichtig ist und worauf ist dabei zu achten ist

Was ist beim Hausbau/-umbau in Sachen Energieeffizienz, Klimaschutz und Klimaanpassung zu beachten? Wo gibt es Infos und Förderungen? Interview mit Björn Weber vom Difu.

➔ www.t1p.de/8h1wj

Deutschlandfunk, Agenda, 23.11.2022

Die Zukunft der Innenstädte – haben große Kaufhäuser ausgedient?

Sterben die Innenstädte ohne große Warenhausketten aus oder gibt es andere Impulsgeber

für die Zukunft der Innenstädte? Sandra Wagner-Endres vom Difu im Interview.

➔ www.t1p.de/ea08k

Deutschlandfunk Kultur, 22.11.2022

Green Gentrification: Verdrängung in klimafreundlichen Quartieren

Grüne Wohnviertel steigern nicht nur die Lebensqualität, sondern auch Miet- und Immobilienpreise. Diese Green Gentrification fußt auf den Problemen des Wohnungsmarkts insgesamt.

➔ www.t1p.de/wfd1k

ZEIT ONLINE, 12.11.2022

Schließende Warenhäuser würden Lücken reißen

Ein mögliches Aus weiterer Filialen von Galeria Karstadt Kaufhof gefährdet auch die Entwicklung in Fußgängerzonen und angrenzenden Kiezen, so Difu-Stadtforscherin Ricarda Pätzold.

➔ www.t1p.de/5yunn

Kommune21, 8.11.2022

Kommunalebefragung zu Open Data

Welche Chancen und Herausforderungen verbinden Kommunen mit Open Data? Dies hat die Bertelsmann Stiftung zusammen mit dem Difu in einer Befragung untersucht.

➔ www.t1p.de/g9zdt

Zeitung für kommunale Wirtschaft (ZfK), 7.11.2022

Städte sollten das Steuer übernehmen

E-Tretroller können die Verkehrssituation entlasten, aber auch zu Konflikten führen. Ein Leitfaden gibt Kommunen Tipps zur Mikromobilität.

➔ www.t1p.de/i5bki

Tagesspiegel interaktiv, 27.10.2022

So (un)gesund wohnt Berlin

Laut, dreckig, grau: Nur 35 Prozent der Berliner leben an Orten ohne Umwelt-Belastungen. Daten zeigen, dass sozial Benachteiligte besonders ungünstig wohnen.

➔ www.t1p.de/pz706

Deutsche Bauzeitung, 20.10.2022

Nutzungsvielfalt in Innenstädten

Schon vor Corona hatten Deutschlands Innenstädte mit Problemen zu kämpfen. Aber welche Optionen haben Kommunen für eine zeitgenössische Gestaltung ihrer Zentren?

➔ www.t1p.de/tpx95

#stadtvonmorgen, 20.10.2022

Die Innenstadt als Zentrum der Transformation

Eine Difu-Studie zeigt für die Innenstadt im Kontext gesellschaftlicher Transformation neue Perspektiven auf – Beispiel Kreislaufwirtschaft.

➔ www.t1p.de/yqfdq

BR, Bayern 2, IQ – Wissenschaft und Forschung, 17.10.2022

Lastenräder für die Mobilitätswende,

Difu-Wissenschaftler Tobias Klein im Gespräch zum Thema: Mobilitätswende – Welchen Beitrag können Lastenräder leisten?

➔ www.t1p.de/ha665

Deutschlandfunk, 12.10.2022

Mehr Grün, weniger Versiegelung – wie können Städte fit werden für Klimawandel

Wie umgehen mit den Folgen von Extremwetterereignissen, wie Hitze und Starkregen? Björn Weber vom Difu spricht über Anpassungsmöglichkeiten für Städte und Kommunen.

➔ www.t1p.de/d014y

taz, 11.10.2022

Reden hilft – oder doch nicht?

Wie nachhaltig ist das Konzept der innerstädtischen Nachverdichtung wirklich? Bei einer Anhörung im Bauausschuss gingen die Meinungen auseinander.

➔ www.t1p.de/1l7fj

t3n digital pioneers, 25.10.2022

Die lange letzte Meile: Wie kann die Verkehrswende auf dem Land aussehen?

In der Stadt auf das eigene Auto verzichten? Kein Problem. Egal, ob E-Roller-, E-Bike- oder Carsharing, Alternativen gibt es genug. Auf dem Land wird das schon schwieriger. Wie kann hier die Verkehrswende aussehen?

➔ www.t1p.de/zw4s9

MDR, Wissen, 7.10.2022

Einkauf und Gastronomie genügen nicht

Gastronomie und Handel in zentralen Lagen haben es immer schwerer. Es müssen andere Anreize geschaffen werden, in die Innenstadt zu gehen, fordert das Difu.

➔ www.t1p.de/vc4ev

